



Erhard Crome (Hrsg.)

# **FRIEDENSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND**

**ANFORDERUNGEN AN EINE  
«KRITISCHE FRIEDENSFORSCHUNG»**

# INHALT

<b>Vorbemerkungen</b>	<b>3</b>
Jürgen Nieth	
<b>Friedensforschung in der BRD – Entwicklungen, Ergebnisse und Desiderate</b>	<b>10</b>
Vorbemerkung: Friedensforschung in den 1950er und 1960er Jahren in der BRD	10
1 Die Institutionalisierung der Friedensforschung in der BRD	11
2 Die Auseinandersetzung zwischen kritischer und traditioneller Friedensforschung in den 1970er Jahren	14
3 Die 1980er Jahre: Friedensforschung an der Seite der Friedensbewegung	15
4 Friedensforschung in der DDR	17
5 Neue Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges	19
6 Neuer Beratungsbedarf und neue Friedensforschungsinstitute	22
7 Neue Impulse durch die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)	24
8 Friedensforschung und Lehre aktuell	25
9 Friedensforschung als Zukunftsforschung	33
10 Schlussbemerkung	36
Literaturverzeichnis	36
Herbert Wulf	
<b>Zur Studie von Jürgen Nieth: Friedensforschung in der BRD – Entwicklungen, Ergebnisse, Desiderate</b>	<b>39</b>
Vorschläge zur Veränderung/Ergänzung	39
Künftige Aufgaben der Friedensforschung	40
Werner Ruf	
<b>Kommentar zur Studie von Jürgen Nieth: Friedensforschung in der BRD – Entwicklungen, Ergebnisse und Desiderate</b>	<b>42</b>
Ergebnisse	42
Kritik und Diskussion	43
Wilfried Schreiber	
<b>Friedensforschung in der DDR (Kurzstudie)</b>	<b>44</b>
1 Institutionelle Grundlagen der Friedensforschung in der DDR	69
2 Inhaltliche Fragen der Friedensforschung der DDR in ihrer Entwicklung	45
3 Ausgewählte bibliographische Angaben zu Publikationen der Friedensforschung in der DDR 1961 bis 1990	50
Nachträgliche Darstellung von Ergebnissen der Friedensforschung aus der DDR in der jüngeren Zeit	53

Peter Strutynski

**Sechs Thesen zur kritischen Friedensforschung**

**54**

**Zu den Autoren**

**55**

## VORBEMERKUNGEN

Die in diesem Band versammelten Texte zur kritischen Friedensforschung sind Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit, Diskussion und auch von Auseinandersetzungen. Die Bildung der Partei DIE LINKE und die Diskussion ihrer programmatischen Grundlagen haben sie als Partei des Friedens in das politische System Deutschlands eingefügt. In vielen Debatten um regierungspolitische Alternativen zu der derzeit gemachten deutschen Außenpolitik wurde vonseiten der Sozialdemokratie und der Grünen immer wieder diese Position infrage zu stellen versucht. (Das gilt auch weiterhin, auch wenn es zurzeit schon rein rechnerisch eine solche politische Möglichkeit nicht gibt.) Zugleich ist jedoch klar, dass ein Nein zu Kriegs- und Militäreinsätzen auf die Dauer nicht reicht. Es muss ein Ja für eine alternative Außenpolitik Deutschlands und EU-Europas geben, die den Namen einer Friedenspolitik in der Tat verdient.

Damit ist die Frage nach einer Friedensforschung gestellt, die als «kritische Friedensforschung» konzipiert und realisiert ist. Dies war und ist eine zentrale Aufgabe, der sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu stellen hat und stellt. Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Stiftung hat seit mehreren Jahren zu diesem Thema gearbeitet. Im Hintergrund standen einerseits die Programmdiskussionen der Partei DIE LINKE, andererseits die Notwendigkeit, die bisherige Friedensforschung in ihren Ergebnissen und mit ihren Problemen kritisch zu reflektieren.

Einen Anlass dazu bot ein Text von Dieter Senghaas aus dem Jahre 2010, in dem er seine «Bilanz eines halben Jahrhunderts Friedensforschung» zu ziehen sich müht.<sup>1</sup> Er, der als einer der Begründer der früheren «kriti-

schen Friedensforschung» in der alten BRD gilt (in den Texten dieses Bandes wird mehrmals darauf Bezug genommen), hat hier im Grunde das Wendemanöver der etablierten Friedensforschung zu erklären und zu begründen versucht. Unter Bezugnahme auf das Alte Testament und die berühmten Zeilen: «Ein jegliches hat seine Zeit» (Prediger 3.1) schreibt er in Sachen Friedensforschung: «Alles hat seine Zeit – eine Zeit der konventionellen Frie-

---

### **Die Bildung der Partei DIE LINKE und die Diskussion ihrer programmatischen Grundlagen haben sie als Partei des Friedens in das politische System Deutschlands eingefügt.**

densforschung, eine Zeit der Kriegsursachen- und eine der Friedensursachenforschung, eine der Fokussierung auf Gewaltanalyse oder eine der Konfliktlösung, eine der Ausrichtung auf wissenschaftliche Analyse oder eine der politischen Praxis. Solche unterschiedlichen Perspektiven können das Ergebnis wissenschaftsimmanenter Entwicklungen, aber auch das Ergebnis eines Generationenwechsels sein. Aber natürlich reflektieren die unterschiedlichen Perspektiven der Wissenschaft stets auch – und im Bereich der Friedenswissenschaft vielleicht ganz besonders – Veränderungen im politischen Umfeld.»<sup>2</sup> Zu den Bedingungen, unter denen die Friedensforschung in den 1960er und 1970er Jahren «erkennbar Wurzeln zu schlagen begann», zählt er den wachsenden Widerstand gegen die Anhäufung ungeheurer Zerstörungspotenziale in Gestalt der nuklear-strategischen Waffensysteme sowie die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, die Begleiterscheinungen der «Studentenrevolten» im Westen, die erfolgreichen antikolonialen Bewegungen und die wachsen-

de Einsicht, dass der Ost-West-Konflikt durch eine Entspannungspolitik überwindbar werden könnte. Insbesondere das Bemühen der herkömmlichen Politik, den Krieg im Sinne Clausewitz' auch weiterhin als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» zu begreifen, ruft nach Alternative in Gestalt einer kritischen Friedensforschung. Nach dem Ende des Kalten Krieges stellten sich die Herausforderungen anders dar. Und die Friedensforschung hätte darauf zu reagieren gehabt. Aber wie?

Seit den 1970er Jahren hat sich die Friedensforschung als eigenständige Disziplin zu etablieren vermocht. Hiervon zeugen die «Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung» (AFK) sowie die Präsenz der Disziplin an zahlreichen Universitäten und die Gründung der Friedensforschungsinstitute. Diese existieren aber vor allem als «An-Institute». Das heißt: Sie sind an Universitäten angegliedert, erhalten aber keine Mittel aus deren Etats. Der einzige Weg zur Finanzierung führt vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges über «Drittmittel»: zeitlich befristete und in ihrer Zielsetzung vom Auftraggeber formulierte Forschungsprojekte. «Der Markt» – und dieser ist überdies eng und von der Konkurrenz der Auftragnehmer geprägt – bestimmt Art und Inhalt der wissenschaftlichen Produktion. Hier ergibt sich ein Teufelskreis, der nicht nur die Wissenschaft in den Dienst der Herrschenden stellt, sondern auch das Bewusstsein der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler prägt: Dies reicht von der Übernahme der durch den offiziellen Sicherheitsdiskurs vorgegebenen Begrifflichkeiten (*peacekeeping*, *peace enforcement*, *securitization* usw.) bis hin zur Nichthinterfragung jener «Petersberg-Aufgaben», die in der postbipolaren Welt dem Interventionswillen der EU- und NATO-Staaten Tür und Tor öffneten. Geredet wurde von humanitären Aufgaben, Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden Maßnahmen und erst unter Punkt 4 von «Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung»; vereinbart aber

wurden Kampfeinsätze von EU-Truppen (Ministerrat der Westeuropäischen Union 1992, dann übernommen in den Maastricht-Vertrag 1997 und in die «Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik» [GSVP] der EU).

Während die etablierte Friedensforschung sich in den 1970er und 1980er Jahren als Mit- und Vordenker der Friedensbewegung verstand und von dieser gefordert wurde, hat der Rückzug in den «Elfenbeinturm» die fruchtbare Interaktion zwischen beiden weitgehend beendet. Mit den Produkten der etablierten Friedensforschung weiß die Friedensbewegung nichts mehr anzufangen, so jedenfalls deren Wahrnehmung, – und die Friedensforschung bedarf der Friedensbewegung nicht mehr, kommt diese doch als «Drittmittelgeber» nicht infrage.

Kritische Friedensforschung dagegen führt die Gewaltkonflikte dieser Welt auf grundlegende Probleme der Ausbeutung von Menschen durch Menschen, der Ungleichheit und Unterentwicklung, der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse unter den Bedingungen des neoliberal geprägten kapitalistischen Weltsystems zurück. Kritische Friedensforschung ist normativ und geht von den berechtigten Interessen der Menschen an einem «guten Leben» aus. Dieser normative Ansatz weiß sich in Übereinstimmung mit den wesentlichen Prinzipien des Völkerrechts, der universellen Menschenrechte sowie des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Kritische Friedensforschung entwickelt ihre Themen und Projekte aus den Diskussionen und Anforderungen der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Mit ihren Ergebnissen will sie die Friedensbewegung in ihrem wertvollen Ringen um Abrüstung und Gewaltfreiheit unterstützen.

Betrachten wir im Jahre 2016 die Welt von heute, so sind die Fluchtbewegungen, die verstärkt auch Europa und Deutschland erreichen, Ergebnis von globalen Krisenprozessen, die mit den Eigenheiten des Kapitalismus

im 21. Jahrhundert zu tun haben. Die natürlichen Ressourcen werden knapper; die Auseinandersetzungen um Energie, Rohstoffe und Materialien für die Produktion nehmen zu. Zugleich verschärfen sich die Kämpfe um Märkte und geopolitische Einflusszonen. Klimawandel, Erderwärmung, Artensterben verstärken den Druck auf das Leben der Menschen und alle Reproduktionsprobleme des Kapitalismus. In weiten Teilen des Mittelmeerraumes und Nordafrikas werden den Menschen die bisherigen Lebensgrundlagen entzogen, die auf Landwirtschaft und Fischfang beruhten, weil die «alten» europäischen Mächte mit ihren Fischfangflotten die Meere leerfischen und eben diese Mächte, aber auch die neuen Wirtschaftsmächte aus Asien und dem Nahen Osten sich das fruchtbare Ackerland in Afrika aneignen und die einheimischen Kleinbauern vertreiben. Denen bleibt oft nichts anderes übrig, als zu fliehen und ihr Land, ihre angestammte Lebenswelt zu verlassen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich auf der ganzen Welt immer weiter, nicht nur innerhalb der Länder und Regionen, sondern auch zwischen ihnen.

Das ist der globalisierte Kapitalismus als «strukturelle Gewalt» (im Sinne Johan Galtungs). Zugleich haben die großen kapitalistischen Mächte nach dem Ende des Kalten Krieges verstärkt Krieg wieder zu einem «normalen Mittel» der Politik gemacht. Damit bringen die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen des Westens auch die «direkte Gewalt» in ihrer brutalsten und verbrecherischsten Form wieder zur Anwendung, beginnend mit dem Irak-Krieg Anfang der 1990er Jahre, dann dem völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg 1999, dem Afghanistankrieg ab 2001, dem Irakkrieg ab 2003, dem Libyenkrieg 2011. Diese Kriege haben Staaten zertrümmert und weithin «gescheiterte Staaten» mit anhaltenden Bürgerkriegen, sich bekämpfenden Milizen und zerstörten Sozial- und Infrastrukturen für die Bevölkerung hinterlassen. Ergebnis vor

allem der Geopolitik der westlichen Mächte sind auch die anhaltenden Bürgerkriege in Syrien und in der Ostukraine.

Der erste Punkt der Diskussion um den Stand der Dinge in der Friedensforschung und um eine erneuerte «kritische Friedensforschung» müsste sich daher um die Frage drehen, ob es sich hier um einen Vorgang des «Verrats» handelt, also die früheren Prämissen kritischer Friedensforschung zugunsten einer Kompatibilität mit der neuen Kriegs- und Machtpolitik des Westens aufgegeben worden sind, was sich mit dem Problem der «Drittmittelfinanzierung» der Friedensforschung noch verstärkte. Oder ob die – ganze oder Teile der – Friedensforschung es nach dem Ende des Kalten Krieges nicht vermochte, sich auf den Stand der neuen Anforderungen zu bringen.

In den Diskussionen des Gesprächskreises Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung betonte insbesondere Michael Berndt die inneren Probleme der Friedensforschung. Nach dem Kalten Krieg standen alle theoretischen Herangehensweisen unter Rechtfertigungszwang, hatten die Sozial- und Geisteswissenschaften doch alle das Ende des Ost-West-Konflikts nicht vorherzusagen vermocht. So rückten bisher weniger beachtete Ansätze in den Vordergrund, darunter der Konstruktivismus und die Postmoderne-Diskussionen. «Während es den moderateren Ansätzen in der Friedensforschung gelang, sich mit den neuen Diskursen zu arrangieren, ihre Herangehensweisen aufzunehmen und für die eigene theoretische Weiterentwicklung zu nutzen, tat sich die Fundamentalkritik damit weitaus schwerer, erschien ihr doch gerade der zweite Golfkrieg als Bestätigung ihres bisherigen politökonomischen Paradigmas. Da ihre Anhänger hier die klassische Rohstoff-Interessenpolitik am Werke sahen [...], lehnten sie konstruktivistische Ansätze als zu wenig materialistisch ab. Teilweise erschienen diese neueren Theorien gar als Ideologie, die es zu kritisieren galt,

statt sie als Angebote für die eigene theoretische Weiterentwicklung zu begreifen.» Das galt im deutschsprachigen friedenswissenschaftlichen Raum auch für Ansätze, die von der Kritik der politischen Ökonomie gar nicht so weit entfernt waren, wie die Neo-Gramsci-Diskussion. Sie wurde für die Gewaltkritik kaum herangezogen. «Die Fundamentalkritik blieb», so weiter Michael Berndt, «im theoretischen Bereich auf dem Stand vor Ende des Ost-West-Konflikts. Nun hatten sich aber eben die Rahmenbedingungen geändert: Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs in Europa nahm ab, entsprechend relativierte sich die Kritik an den Gefahren militärischer Eskalationsstrategien. Ein nahezu verschwundenes Problem brauchte zu seiner Lösung keinen ansatzübergreifenden Konsens mehr. In der Folge setzten die weniger radikalen Strömungen fundamentalkritische Positionen mit der These unter Druck, Gewalt könne notwendig sein, um vorgängige Gewalt zu beenden. Mit dem sogenannten Pazifismus-Bellizismus-Streit [...] kam es zum Bruch, in dessen Folge die Fundamentalkritik in der etablierten Friedensforschung an Bedeutung verlor. Den Hintergrund dieser Diskussion bildeten vor allem die jugoslawischen Zerfallskriege. Nun avancierte militärische Gewalt auch für Teile der Friedensforschung zum gegebenenfalls notwendigen Mittel – zumal dann, wenn sie völkerrechtlich unproblematisch oder zumindest legitimierbar schien. Unter der Bedingung, dass Militäreinsätze nicht mehr zu einem alles vernichtenden Krieg zu eskalieren drohen, relativiert sich auch die Bedeutung der Gewaltkritik. Nunmehr scheinen humanitäre Ziele und Werte den Gewaltmitteleinsatz rechtfertigen zu können. Das Zusammenwirken beider Faktoren – veränderte weltpolitische Rahmenbedingungen und theoretische Stagnation – hat zum Bedeutungsverlust der Fundamentalkritik geführt, zumal sich mit Dieter Senghaas oder auch Egbert Jahn exponierte Vertreter der ersten Stunde von ihr abwandten.»<sup>3</sup>

Die Diskussionen im Gesprächskreis verliefen folgerichtig kontrovers. Es waren die neuen Bedingungen in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges neu in den Blick zu nehmen, zugleich aber die wissenschaftsimmanenten Entwicklungen zu analysieren. Das «Verrats»-Argument konnte nicht ausreichen. Gleichwohl war klar, dass die friedenspolitischen Differenzen zwischen der LINKEN und den anderen Bundestagsparteien einerseits und die Differenzen zwischen einer der gemachten Politik zuarbeitenden Mainstream-Friedensforschung und einer erneuerten kritischen Friedensforschung andererseits einander entsprechen.

Auf einer Klausurberatung in Elgersburg im November 2011 diskutierte der Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung: «Was sollten Schwerpunkte einer «kritischen Friedensforschung» sein, die den Bedingungen des 21. Jahrhunderts entspricht?» Zunächst wurde Einmütigkeit erreicht, den Begriff «Kritische Friedensforschung» künftig in der weiteren Arbeit zu benutzen. Dabei geht es nicht darum zu wiederholen, was andere gemacht haben oder machen, und sich an der Kritik abzuarbeiten, sondern stärker ein eigenes Profil zu entwickeln, das die gesellschaftlichen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung mit in den Blick nimmt. Das schließt die Kritik der etablierten Friedens- und Konfliktforschung mit ein, die gegenwärtig eher zur Legitimierung des Regierungshandelns als zur Kritik beiträgt, beschränkt sich aber nicht darauf. Zugleich muss die Tür offen sein für Kooperationen; «Kritische Friedensforschung» muss interdisziplinär angelegt sein und dazu beitragen, neue Netzwerke zu schaffen.

Zu dem damals umrissenen thematischen Feld gehören:

- Imperialismus – theoretische und politische Anforderungen an die weitere Analyse der Verhältnisse im 21. Jahrhundert.
- Die weitere Verfolgung des Zusammenhangs von Kapitalismus, Krise und Krieg vor



dem Hintergrund der Entwicklungen in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise.

- Die weltwirtschaftlichen und geopolitischen Veränderungen und ihre Folgen für die Entwicklung und Politik der Linken in der Welt.
- Die Rolle der UNO und Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung in der Welt von heute.
- Weitere Ausarbeitung des Konzeptes der Kollektiven und Gemeinsamen Sicherheit in, für und vor Europa als Alternative zur NATO.
- Weitere Bearbeitung des Problemfeldes NATO: Was bedeutet Austritt? Was wären Anforderungen, Voraussetzungen und Folgen eines Austritts aus der Militärorganisation der NATO? Wie wäre eine Auflösung zu bewirken?
- Platz und Rolle der Nuklearen Planungsgruppe dabei; systematische Entwicklung des Zusammenhangs von Ausstieg aus der Atomenergie und Schaffung einer atomwaffenfreien Welt (hier auch eine wichtige Differenz der LINKEN zu den Grünen).
- Weitere Bearbeitung des Begriffs der «Sicherheit» (Sicherheit für die Mehrheit der Menschen, nicht für die Eliten; Kritik des offiziellen Sicherheitsdiskurses).
- Die Rolle der EU in der Welt von heute; Zusammenhang von Handels- und Wirtschaftspolitik, Außenpolitik und Militärpolitik in der Entwicklung der EU; EU als eigenständiger Akteur von «Sanktionen» in der Welt gegen andere Staaten und deren Bürgerinnen und Bürger.
- Systematische Entwicklung der Kritik der deutschen Außenpolitik. Wie müsste eine alternative deutsche Außenpolitik aussehen?

Auf einer weiteren Klausurberatung in Elgersburg im April 2012 setzte der Gesprächskreis Frieden die Diskussion fort. Zunächst wurde wieder die Frage diskutiert, dass es der heutigen etablierten Friedens- und Konfliktforschung vor allem an Systemkritik, Kriegsursachenforschung sowie polit-ökonomischen

Ansätzen fehle. Wobei allerdings als fraglich herausgestellt wurde, inwieweit von einer solchen an die herrschenden Verhältnisse angepassten und unter ihrer Voraussetzung finanzierten Forschung überhaupt Systemkritik erwartet werden könne. Nachdrücklich bekräftigt wurden die drei von Peter Strutynski betonten Prinzipien: Normativität, Praxisbezug und Misstrauen gegenüber wertneutralem Herangehen. (Seine damaligen Thesen sind in diesen Band aufgenommen worden.) Zugleich wurde unterstrichen, in der kritischen Friedensforschung mangle es an entsprechenden Theoriediskursen; im Prinzip seien diese in den 1970er Jahren beendet worden. Aus linker Sicht bedürfe es der Definition, wer und was kritische Friedensforschung heute darstellt; welches die normativen Komponenten sind; was unter Frieden zu verstehen ist – ob nur als Abwesenheit von Krieg, von physischer und struktureller Gewalt; wie Gewalt zu definieren ist; worin bei alledem Konsens bzw. wo Dissens besteht.

Zu den Normativen gehören: der Friedensbegriff und der Gewaltbegriff sowie soziale Gerechtigkeit und Emanzipation jeweils als Ziel. Die von Dieter Senghaas 1971 definierten Kriterien kritischer Friedensforschung sind neu fruchtbar zu machen: a) in Theorie eingebettete Empirie; b) kritische Auseinandersetzung; c) Praxisbezug. Stoßrichtung kritischer Friedensforschung sind in diesem Sinne: empirische, theoriegestützte Forschung; differenzierte kritische Analyse von Interessenlagen und Diskursen sowie die Entwicklung von Handlungsstrategien. Für linke Friedensforschung müssen alle drei Komponenten im Komplex gelten. Notwendig ist die Beachtung der Mehrdimensionalität der Interessenlagen; Kriege allein aus dem Drang nach Rohstoffen erklären zu wollen, erweist sich jedenfalls als zu eng. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sollte sich verstärkt den Herausforderungen der Bearbeitung der Friedensfrage widmen und dies zugleich mit der kritischen Gesellschafts-



analyse verbinden. Kein Konflikt ist «allein auf ökonomische Ursachen zurückzuführen [...]». Es geht immer um die spezifische Artikulation ökonomischer mit strategischen Interessen, Menschenrechtsdiskursen, internationalem Recht und nicht zuletzt innenpolitischen Verhältnissen. Es geht immer auch ums Ganze, die Verteidigung einer bestimmten Produktions- und Lebensweise.»<sup>4</sup>

---

**Auch wenn aus linker Sicht die Legitimation des Kapitalismus grundsätzlich infrage zu stellen ist, stellt sich die Beantwortung der Friedensfrage doch als eigenständige Aufgabe.**

Kritische Friedensforschung ist gehalten, zur Klärung von zentralen Begrifflichkeiten beizutragen. Dazu gehört der Begriff der «strukturellen Gewalt» und in welchem Verständnis er aus linker Sicht anzuwenden ist. Wie verhält es sich mit der Gewalt «von unten»? Der nicht nur in der Friedensforschung verwendete Terminus «strukturelle Gewalt» ist ein Synonym für Ausbeutung und Klassengesellschaft. Insofern kann die Beseitigung des Kapitalismus als notwendige Vorbedingung für die Überwindung struktureller Gewalt angesehen werden. Zugleich aber kommt es darauf an, zwischen Kritik am System und vorrangig zu lösenden Aufgaben zu unterscheiden. Auch wenn aus linker Sicht die Legitimation des Kapitalismus grundsätzlich infrage zu stellen ist, stellt sich die Beantwortung der Friedensfrage doch als eigenständige Aufgabe. So gilt: «Kritische Friedensforschung sieht ihre Aufgabe nicht in erster Linie darin, die herrschenden Besitz-, Sozial- und Rechtsverhältnisse umzuwälzen (das ist Aufgabe revolutionärer politischer Kräfte und Bündnisse), sondern setzt an den Formen der physischen Gewalt an» (vgl. die Thesen von Peter Strutynski in diesem Band).

Durchgängiges Diskussionsthema war die Aufgabe der Friedensforschung bei der Suche nach Alternativen im Sinne gewaltfreier Konfliktprävention und Konfliktlösungen. Es sollten Optionen für eine friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen entwickelt werden. Für beide Aufgaben geht es darum, Zwischenschritte und Bündnispartner zu finden. Die kritische Friedensforschung

benötigt fundierte Analysen heutiger objektiver Gegebenheiten und veränderter Bedingungen in Deutschland, Europa und in der Welt mit neuen Handlungsträgern, wie beispielsweise den BRICS-Staaten. Was hat sich politisch und sozioökonomisch verändert? Welche alten Feindbilder bestehen fort und welche neuen zeichnen

sich ab? (Der anti-russische Reflex im Westen ist offenbar nicht mit der Sowjetunion untergegangen.) Dazu ist auch eine verstärkte Debatte mit Vertreterinnen und Vertretern eines kritischen, linken Denkens von anderen Kontinenten notwendig. Zu beachten ist überdies der Widerspruch, wonach einerseits die Friedensbewegung zwar an öffentlicher Wirksamkeit eingebüßt hat – sich beispielsweise ausdrückend in der abnehmenden Resonanz der Ostermarschbewegung vor allem bei Jugendlichen –; andererseits aber die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Krieg entschieden ablehnt. Dies sollte auch der Friedensforschung eine breitere Basis verleihen.

Nach diesen Diskussionen hatte es Jürgen Nieth übernommen, eine Studie zum Thema: «Friedensforschung in der BRD – Entwicklungen, Ergebnisse und Desiderate» zu erarbeiten. Sie wurde in verschiedenen Entwurfsfassungen im Gesprächskreis diskutiert, am 3. Dezember 2015 in Berlin in einem Workshop öffentlich vorgestellt und anschließend nochmals überarbeitet. Diese Fassung des Textes von Jürgen Nieth bildet den Hauptteil dieser Publikation. Herbert Wulf und Werner Ruf, beide seit Jahrzehnten ebenfalls als engagier-

te Friedensforscher tätig, haben die Studie von Jürgen Nieth auf dem Workshop kommentiert und ihre Kommentare ebenfalls für diese Publikation zur Verfügung gestellt.

Der vorliegende Band trägt dem Werkstattcharakter des Arbeitsprozesses bewusst Rechnung. Dem von Herbert Wulf geäußerten Wunsch, die Adressaten der Studie genauer zu bestimmen, sind der Autor der Studie und der Herausgeber nicht gefolgt. Die Studie sollte allgemeinverständlich sein und dem interessierten Publikum, das nicht Politikwissenschaft oder Geschichte studiert hat und nicht schon – etwa aufgrund seines Alters – alle Windungen und Wendungen der Friedensforschung, Politik oder Friedensbewegung der vergangenen Jahrzehnte kennt, eine nützliche Handreichung bieten und zugleich auch für ein Fachpublikum von Interesse sein. Auch dem Wunsch von Werner Ruf, die einzelnen Friedensforschungsinstitute jeweils separat darzustellen, sind Autor und Herausgeber nicht gefolgt. Es ging um die Darstellung der Gesamtentwicklung der Friedensforschung in der BRD bzw. im vereinten Deutschland nach 1990, in der die Institute an der jeweiligen Stelle exemplarisch oder in ihrer jeweiligen Verortung und Bedeutung vorkommen, nicht um eine erschöpfende Gesamtdarstellung der Institutionen der Friedensforschung.

Kritisiert wurde von den Kommentatoren ebenfalls, dass die Friedensforschung der DDR nicht hinreichend vorkommt. Jürgen Nieth ist dem nach bestem Wissen und Gewissen nachgekommen, indem er seinen ursprünglichen Text etwas erweitert hat, ohne den Gesamtrahmen zu sprengen, in dem es in erster Linie um die Friedensforschung in der

BRD und in Deutschland nach 1990 geht. Zugleich hatte sich Wilfried Schreiber, ebenfalls Mitglied des Gesprächskreises, erbötig gemacht, einen konzentrierten Text zur Friedensforschung in der DDR zu schreiben, der nun auch in diesem Band zu finden ist.<sup>5</sup> Die bereits genannten, knappen und zugleich präzisen Thesen von Peter Strutynski, die der Gesamtdiskussion im Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung wichtige Impulse gegeben haben, beschließen die vorliegende Publikation.

Der Band soll der weiteren Arbeit auf dem Felde der kritischen Friedensforschung und damit auch der Friedensbewegung sowie dem Ringen der verschiedenen linken politischen Kräfte in Deutschland um eine alternative, tatsächlich friedliche Außenpolitik neue Anregungen geben. Er enthält aber mindestens ebenso viele Fragen wie Antworten. Insbesondere, wenn die in den Schlussabschnitten der Studie von Jürgen Nieth sowie der kurzen Texte von Herbert Wulf und Werner Ruf formulierten Anregungen für die weitere Arbeit produktiv aufgenommen werden, hat die künftige kritische Friedensforschung gut zu tun.

**Erhard Crome**

Berlin, 11. April 2016

<sup>1</sup> Senghaas, Dieter: Der Frieden und seine Erforschung – Bilanz eines halben Jahrhunderts Friedensforschung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2010, S. 85–94. <sup>2</sup> Ebd., S. 85. <sup>3</sup> Berndt, Michael: Militärkritik muss Fundamentalkritik sein, um kritisch zu bleiben, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 3/2013, S. 159. <sup>4</sup> Michael Berndt bezog sich hier auf: Candeias, Mario: Terror und Krieg. Widersprüche neoliberaler Globalisierung, in: *Forum Wissenschaft* 3/2003, S. 61. <sup>5</sup> Als weiterführende Literatur sei verwiesen auf: Crome, Erhard/Kleinwächter, Lutz (Hrsg.): *Neues Denken in der DDR. Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren*, Potsdam: Verlag WeltTrends 2014.

Jürgen Nieth

## **FRIEDENSFORSCHUNG IN DER BRD - ENTWICKLUNGEN, ERGEBNISSE UND DESIDERATE**

### **Vorbemerkung: Friedensforschung in den 1950er und 1960er Jahren in der BRD**

Die Entstehung der institutionalisierten Friedensforschung in der BRD wurde stark beeinflusst durch die internationalen Entwicklungen in Nordamerika, Skandinavien und in den Niederlanden. Bereits Mitte der 1950er Jahre entstand an der Michigan University das Center for Research on Conflict Resolution, 1959 in Norwegen das International Peace Research Institute Oslo (PRIO), 1961 in Kanada das Canadian Peace Research Institute und in den Niederlanden das Polemologisch Instituut in Groningen sowie 1966 in Schweden das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). 1964 wurde die International Peace Research Association (IPRA) gegründet. International tagte 1957 erstmals – blockübergreifend – die Pugwash-Konferenz.

Die Entwicklung in der BRD war zeitlich etwas verzögert. Es gab in den 1950er und Anfang der 1960er Jahre erste Zusammenschlüsse mit dem Ziel einer Stärkung der Friedensforschung – die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) wurde 1958 gegründet, die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) – als «BRD-Zweig» der Pugwash-Konferenz – 1959. Bei anderen Institutsgründungen, die in diesem Zusammenhang oft genannt werden, wie dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST) oder der von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) eingesetzten Studiengruppe für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit (beides 1961) ging es in erster Linie um Sicher-

heitspolitik. Das gilt auch für das 1965 nach einem Bundestagsbeschluss gegründete Forschungsinstitut für Fragen der Strategie und Abrüstung in Ebenhausen, das ein Jahr später in der «Denkfabrik» der Bundesregierung, der Stiftung Wissenschaft und Politik, aufging.

Wichtiger inhaltlicher Impulsgeber für eine unabhängige Friedensforschung in der BRD ist in diesem Zeitraum die Erklärung der «Göttinger Achtzehn» gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr von 1957. Der Durchbruch kam für die institutionalisierte Friedensforschung in der BRD aber erst Ende der 1960er Jahre.

Anstöße für Friedensforschung ergaben sich einerseits aus der innenpolitischen Situation: Die Studentenbewegung, die Protestbewegungen gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze thematisierten gesellschaftliche Verhältnisse, die zu Krieg führen.

Andererseits hatten sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen verändert: Die alte Politik des «roll back» gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes war gescheitert, erfolgreiche antikonkoloniale Befreiungsbewegungen hatten die Situation auf den südlichen Kontinenten verändert, ein Ende des westlich dominierten bipolaren Status quo schien in Reichweite.

In dieser Situation gründeten 1968 sechzehn Wissenschaftler verschiedener Disziplinen die unabhängige Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) unter anderem mit dem Ziel, die Friedensforschung als eigenständige akademische Disziplin zu etablieren.

Zwei Jahre später wurden die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung

(DGFK), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) gegründet. Das war ein qualitativ großer Schritt nach vorn für die Friedensforschung.

## **1 Die Institutionalisierung der Friedensforschung in der BRD**

Ab 1969 hatte die BRD zum ersten Mal eine sozialdemokratisch geführte Regierung, die auf die neuen politischen Herausforderungen mit einer «Neuen Ost- und Entspannungspolitik» antwortete. An die Stelle der herkömmlichen Machtpolitik mit ihrem permanenten Kriegsrisiko sollte eine «gesamteuropäische Sicherheitspolitik» treten. Ziel: friedlicher Wandel durch Annäherung. Diese veränderte Politik galt es wissenschaftlich abzusichern. In einer Radiosendung zum 1. September 1969 blickte Bundespräsident Gustav Heinemann auf den Beginn des Ersten Weltkrieges zurück und forderte eine forschungs- und handlungspolitische Neuorientierung: Kriegsursachen «erwachsen aus Gewohnheiten, Vorurteilen, Sozialordnungen und Herrschaftsformen. Deshalb brauchen wir eine Erforschung dieser Zusammenhänge. Wir brauchen eine Friedensforschung. [...] Als neue Gewohnheit gilt es einzuüben, einen Konflikt auch in den Augen des Gegners zu beurteilen. Zu den neuen Spielregeln muss die Bereitschaft zum Kompromiss gehören, die eine Selbstbehauptung um jeden Preis mit der Entschlossenheit vertauscht, eine von Generation zu Generation vererbte Feindseligkeit durch einen neuen Anfang auf beiden Seiten zu ersetzen. [...] Der Krieg ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis menschlichen Handelns. Deshalb gilt es diesem Handeln auf die Spur zu kommen.» (Heinemann 1969)

Die Initiative des Bundespräsidenten wurde untermauert durch ein Gutachten des Wissenschaftsrates zur Förderung von Friedens-

und Konfliktforschung vom Mai 1970: «Die Friedensforschung soll also die Probleme erforschen, die den Frieden in der Welt bedrohen und die Bedingungen für die Erhaltung bzw. Schaffung des Friedens ermitteln. Zunächst geht es dabei um Methoden der Verhütung der bewaffneten internationalen Konflikte, insbesondere eines Weltkrieges mit Atomwaffen. Der Frieden ist aber nicht lediglich ein Problem der internationalen Beziehungen, sondern auch der inneren Verhältnisse in den Staaten; hier handelt es sich einmal um Probleme der Umweltveränderungen [...] und ihre sozialen Folgen, zum anderen um die Probleme von Macht und Herrschaft sowie sozialer und politischer Ungleichheit. Zu den Problemkreisen, denen sich die Friedensforschung widmen muss, gehört auch der Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern.» In dem Beschluss wird weiter hervorgehoben, dass Friedensforschung «um eines politischen und sozialen Zieles willen erfolgt», dass sie «interdisziplinär» sein muss und sich an den «übergreifenden Interessen der Menschheit» zu orientieren hat (DGFK 1983).

Hier wurde einem breiten Friedensbegriff das Wort geredet, was den Intentionen der Gründung der AFK gewiss entsprach.

### **1.1 Die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK)**

Mit der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) erhielt die Friedensforschung in der BRD einen institutionellen Rahmen und zum ersten Mal staatliche Förderung. Angesichts der offensiven, ja alternativ zur «alten Regierungspolitik» angelegten politischen Orientierung musste aber die Struktur der am 28. Oktober 1970 gegründeten DGFK anachronistisch erscheinen. Die Mitglieder waren ausnahmslos juristische Personen: der Bund, die elf Bundesländer, die katholische Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der Evangelischen Kirchen Deutsch-

lands, der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG). Daneben gab es ein Kuratorium, in dem VertreterInnen von SPD, CDU/CSU und FPD sowie vom Bundespräsidenten berufene WissenschaftlerInnen vertreten waren und das die Grundlinien der Forschungsförderung festlegte. Zur Verfügung standen jährlich zwischen 2,8 Millionen DM 1972 und 3,8 Millionen DM 1982. Für den Friedensforscher Hans Jürgen Krysmanski war die Struktur der DGFK schon früh Grund zur Kritik. Er verwies darauf, «dass jede ihrer Förderungsentscheidungen das Ergebnis eines politischen Kompromisses» sein werde, «d.h. eine Abbildung der jeweiligen Machtverhältnisse» (Krysmanski 1971). In seinen Memoiren bestätigt der Vorstand und Geschäftsführer der DGFK, Karlheinz Koppe, nachträglich diese Einschätzung. Für den Sozialdemokraten und Pazifisten war die DGFK «ein recht schwerfälliger Apparat, der eine parteipolitische und gesellschaftliche Ausgewogenheit garantieren sollte und (daran) [...] dreizehn Jahre später [...] scheiterte» (Koppe 2004: 192).

Koppe berichtet über die Konfliktlinien: Heinemann habe sich jährlich berichten lassen und sei unzufrieden gewesen, habe «Aufklärung über die internationalen Spannungen und Konflikte (verlangt), und zwar aus friedenspolitischer und nicht nur, wie damals üblich, aus sicherheitspolitischer Sicht». Auf der anderen Seite stand vor allem die CSU, die kritisiert habe, «dass die DGFK sich nicht mit Kommunismus- und Totalitarismusforschung und mit der NATO als Friedensfaktor befasste» (ebd.: 193). Franz Josef Strauß war es denn auch, der persönlich die Austrittserklärung Bayerns aus der DGFK 1979 unterzeichnete. Bis 1982 folgten ihm alle CDU-regierten Bundesländer mit Ausnahme Westberlins. Es folgten BDA und

BDI, und zum 1. Januar 1984 strich die Regierung Kohl die Fördermittel für die DGFK. Das war das Ende dieses Projekts. Übrig blieb eine kleine Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB), angegliedert an die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

Die DGFK war ein Produkt der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung und der Entspannungspolitik und sie endete praktisch zeitgleich mit der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung und einer erneuten Zuspitzung im West-Ost-Verhältnis, dem NATO-Doppelbeschluss und der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD.

## 1.2 Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) war von Beginn an das größte Friedensforschungsinstitut in Deutschland. Mit annähernd 80 MitarbeiterInnen dürfte es heute auch das größte in Europa sein (SIPRI gibt aktuell 50 bis 60 MitarbeiterInnen an). Unmittelbar nach der oben zitierten Rundfunksprache Gustav Heinemanns hatte der hessische Ministerpräsident Albert Osswald (SPD) vor dem Landtag die Pläne für eine Stiftung öffentlichen Rechts erläutert. Die Finanzierung übernahmen das Land Hessen und die Stadt Frankfurt. Zuschüsse flossen von der DGFK und der privaten Berghof-Stiftung. Die HSFK kooperierte von Anfang an eng mit den Universitäten Frankfurt und Darmstadt.

Inhaltlich widmete sich die HSFK in den Anfangsjahren vor allem der Rüstungsdynamik im Ost-West-Konflikt sowie der Friedenserziehung, in den 1980er Jahren ging es stärker um Entspannungspolitik, eine «Europäische Friedenspolitik» im Ost-West-Konflikt.

Seit zwei Jahren liegt der Schwerpunkt auf dem Forschungsprogramm «Just Peace Governance». Nach eigenen Angaben konzentriert sich das Forschungsprogramm «auf Gerechtigkeitskonflikte und die Frage, wie

Frieden und Gerechtigkeit gleichermaßen verwirklicht werden können. Es geht von der Annahme aus, dass Frieden und Gerechtigkeit zwar gleichberechtigte politische Werte sind, die aber häufig in Konkurrenz und manchmal sogar in Konflikt geraten. [...] Wir verstehen Just Peace Governance als eine Form politischen Handelns, das durch Berücksichtigung von Gerechtigkeitsgesichtspunkten und die konstruktive Bearbeitung von Gerechtigkeitskonflikten dauerhaften Frieden schafft. Um dies zu unterstützen, analysieren die Forschungsprojekte der vier Programmbereiche – jeweils unter ihrem speziellen Fokus –, inwiefern Konflikte durch Gerechtigkeitsaspekte bestimmt sind und welche Formen von Governance für die friedliche Bearbeitung von Gerechtigkeitskonflikten geeignet sind. Dabei stehen drei Formen von Gerechtigkeitskonflikten im Zentrum: 1. Konflikte, die aus der globalen Machtverschiebung und dem Aufstieg «neuer Mächte» entstehen, 2. Konflikte, die aus konkurrierenden Normen und Ideen resultieren, und 3. Konflikte, die bei der Entwicklung und Transformation von Governance-Institutionen entstehen.»

### 1.3 Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Ähnlich wie bei der HFSK dürfte auch beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) die Rede Gustav Heinemanns den letzten Anstoß zur Gründung im Sommer 1971 gegeben haben. Stiftungsträger ist die Hansestadt Hamburg. Laut Satzung hat das IFSH den Zweck, «sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen». Erster wissenschaftlicher Direktor und Stiftungsvorstand wurde Generalleutnant a. D. Wolf Graf von Baudissin. Er wurde 1986 von Egon Bahr abgelöst.

Die politischen Schwerpunkte der 1970er und 1980er Jahre waren Sicherheitspolitik und Si-

cherheitspartnerschaft, Rüstungssteuerung und Rüstungskontrolle, militärisches Kräfteverhältnis Ost-West, aber auch Rüstungsexport und Rüstungsindustrie. Baudissin prägte den Begriff der kooperativen Rüstungssteuerung. Später trat an diese Stelle der populärere Begriff der «gemeinsamen Sicherheit».

Dieter S. Lutz gab als stellvertretender Institutsleiter des ISFH ab 1983 die neue Vierteljahreszeitschrift *Sicherheit und Frieden* (S+F) heraus, die auch heute noch sehr eng mit dem IFSH verbunden ist. Der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Michael Brzoska, ist Sprecher der Herausgeber, die wissenschaftliche Mitarbeiterin der IFSH Patricia Schneider ist Chefredakteurin.

Das IFSH hat heute über 60 Mitarbeiter und gliedert sich in drei Forschungsbereiche:

- das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS),
- das Zentrum für OSZE-Forschung (ORE) und
- die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien.

Das Institut ist angegliedert an die Universität Hamburg, finanziert sich aber auch durch die Einwerbung von Geldern aus EU-Projekten, durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Deutsche Forschungsgesellschaft sowie durch Beratungsprojekte für das Auswärtige Amt. Für den Zeitraum von 2013 bis 2018 steht das gemeinsame Arbeitsprogramm unter dem Titel «Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung».

### 1.4 Die Berghof-Stiftung

Im Oktober 1971 wurde von Georg Zundel die «Berghof-Stiftung für Konfliktforschung» als private Stiftung mit dem Ziel gegründet, praxisrelevante theoretische und empirische Projekte der Friedens- und Konfliktforschung sowie eine politische und pädagogische Arbeit,

die Konsequenzen aus diesen Forschungsergebnissen zieht, zu fördern. Die Berghof-Stiftung hat zurzeit 56 MitarbeiterInnen und führt auch im Ausland praxisorientierte Forschungsprojekte durch.

Der 1976 gegründete Tübinger Verein für Friedenspädagogik, dem ein vierjähriges Projekt der Arbeitsgruppe Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen (AG Friedensforschung) vorangegangen war, ist seit 2012 als Tübinger «Institut für Friedenspädagogik» ein Programmbereich der Berghof-Stiftung.

### 1.5 Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt

Aus der 1964 gegründeten Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) ging 1970 das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (MPI) hervor. Erster Direktor wurde Carl Friedrich von Weizsäcker, der sich als Naturwissenschaftler nach kurzer Zeit auf eigenen Vorschlag mit dem Sozialwissenschaftler Jürgen Habermas die Institutsleitung teilte. Bereits 1964 hatte von Weizsäcker mit der Untersuchung von Kriegsfolgen begonnen. Im Institut wurde diese Arbeit fortgeführt. Es kam zu «einer umfassenden Kritik der Abschreckungsstrategie und [der] ihr zugeordneten Außenpolitik. [...] Das MPI war eine der ersten Friedensforschungsinstitutionen der Bundesrepublik, die Probleme alternativer Sicherheitskonzepte zu erforschen begannen.» (Reusch 1986: 73)

Das Institut wurde 1980 mit der Emeritierung von Carl Friedrich von Weizsäcker von der Max-Planck-Gesellschaft geschlossen. Begründung: kein geeigneter Nachfolger.

Die Forschungsstelle der VDW in Hamburg blieb erhalten, unter anderem mit den Schwerpunkten: Entwicklungszusammenarbeit, Rüstung und Unterentwicklung.

## 2 Die Auseinandersetzung zwischen kritischer und traditioneller Friedensforschung in den 1970er Jahren

Von Beginn der institutionellen Friedensforschung an gab es eine Auseinandersetzung zwischen den FriedensforscherInnen darüber, wie umfassend und wie gesellschaftskritisch Friedensforschung sein muss. Auf einer ersten wissenschaftlichen Tagung «Zum Stand kritischer Friedensforschung» 1971 in Berlin wurde dazu in einer Erklärung festgehalten: «Kritische Friedensforscher lehnen eine am Status quo orientierte Befriedungsforschung ab. Indem sie helfen, politische Apathie zu überwinden, die Fixierung auf Freund-Feind-Bilder abzubauen sowie verdeckte oder ideologisch verschleierte Konflikte bewusst zu machen, tragen sie dazu bei, emanzipatorische Lernprozesse in Gang zu setzen und eine nichtmanipulierbare, politisch handlungsfähige Öffentlichkeit herzustellen. Kritische Friedensforscher begreifen sich als wissenschaftliche Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen (d. h. durch strukturelle Gewalt) betroffen sind: von Ausgebeuteten, von sozial Diskriminierten und von unmittelbar in ihrer physischen Existenz Bedrohten.» (Zitiert nach Senghaas 1971: 146 f.)

Johan Galtung, der unter anderem ab 1973 die Carl von Ossietzky-Gastprofessur an der Bonner Universität innehatte, hatte den Begriff der strukturellen Gewalt geprägt (später spricht er auch von der kulturellen Gewalt): «Den Typ von Gewalt, bei dem es einen Akteur gibt, bezeichnen wir als personelle oder direkte Gewalt: die Gewalt ohne einen Akteur als strukturelle oder indirekte Gewalt, [...] hier tritt niemand in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügen könnte; die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen.» (Galtung 1975)



Für die kritische Friedensforschung war die Aufklärung über gesellschaftliche Gewaltverhältnisse und die Veränderung derselben die Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensgestaltung. Ekkehard Krippendorff brachte das auf den Punkt: «Wenn du den Frieden willst, verändere jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher immer wieder zum Krieg geführt haben.» (Krippendorff 1970)

Um den Begriff der kritischen Friedensforschung gab es zwischen den Friedensforschenden eine heftige Debatte. Einige – wie Egbert Jahn – betonten, dass der Begriff an der Sache vorbeigehe, da jede Friedensforschung

---

### **Für die kritische Friedensforschung war die Aufklärung über gesellschaftliche Gewaltverhältnisse und die Veränderung derselben die Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensgestaltung.**

kritisch sein müsse (vgl. Koppe 2004: 196). Andere – wie Karl Kaiser – werteten traditionelle und kritische Friedensforschung als mittel- und langfristige Friedensforschung (Kaiser 1970: 42). Jürgen Reusch bezeichnete diese Unterscheidung als «unsinnig und sogar diffamierend, weil sie nur der ›mittelfristigen‹ Friedensforschung die Fähigkeit zusprach, hier und jetzt Wege der Friedenssicherung finden zu können, während der kritischen Friedensforschung die Zuständigkeit für das Ersinnen von Friedensutopien zugewiesen wurde» (Reusch 1986: 33).

Die Untersuchung von Konflikt- und Kriegsursachen, der Entstehung von Feindbildern, der Risiken des Rüstungswettlaufs, des Nord-Süd-Spannungsfelds gehörten natürlich auch zum Forschungsbereich der kritischen Friedensforschung. Auch verliefen die Grenzen zwischen traditioneller und kritischer Friedensforschung keineswegs zwischen Instituten auf der einen Seite sowie Universitäten und AFK auf der anderen Seite. So war Karl

Kaiser als Vertreter der traditionellen Friedensforschung der erste Vorsitzende der AFK. Dieter Senghaas, bei AFK-Gründung deren stellvertretender Vorsitzender, gehörte auch dem Stiftungsvorstand und dem ersten Vorstand der HSFK an. Johan Galtung war bei Gründung im Beirat des IFSH.

Die Schärfe der politischen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen wird aber sichtbar, wenn der ehemalige leitende Beamte im hessischen Kultusministerium Udo Kallatz noch 40 Jahre später schreibt: «Ich führte damals (1969) Gespräche mit Prof. Dr. Ernst Otto Czempel, dessen umfassendes Archiv wichtiger Dokumente zur Politik der USA durch das handfeste Desinteresse der 1968er gefährdet war, die diesen Bereich der Philipps-Universität damals dominierten. Dabei entwickelten

wir die Idee, dem neuen Ministerpräsidenten die Gründung einer Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung vorzuschlagen. Dort konnten [...] auch die Sammlungen aus Marburg ein Obdach finden. [...] Es war ein großer Vorteil der HSFK, dass sie von vorneherein auf praktische Projektarbeit angelegt war.» (Kollatz 2014) Tatsächlich waren der Gründung der HSFK jahrelange Diskussionen vorangegangen.

Doch trotz aller Differenzen gab es eine Übereinstimmung zwischen den FriedenswissenschaftlerInnen in dem Punkt, dass Krieg als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln abzulehnen ist, dass Kriege als gesellschaftliche und historische Erscheinung zu betrachten und überwindbar sind.

### **3 Die 1980er Jahre: Friedensforschung an der Seite der Friedensbewegung**

Bereits in den 1970er Jahren versammelte sich in Westberlin eine breite Palette von FriedensforscherInnen. Am Otto Suhr Institut an

der Freien Universität Berlin unterrichteten unter anderen Theodor Ebert, Ulrich Albrecht, Fritz Vilmar und Reinhard Mutz. Am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) unterrichtete 1982/83 Johan Galtung. Die späteren FriedensforscherInnen Christiane Rix, Christian Wellmann, Hanne-Margret Birckenbach und Martina Fischer waren damals unter den Studierenden. Zu den Schwerpunkten gehörten Soziale Verteidigung, Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle, Naturwissenschaften und Rüstung, Rüstung und Dritte Welt.

Zum gleichen Zeitraum befassten sich an der Universität Hamburg (außerhalb des IFSH) Peter Lock und Klaus Jürgen Gantzel unter anderem mit Feindbildern, Kriegsursachenforschung und dem Ost-West-Verhältnis; in Gießen forschte und lehrte Horst-Eberhard Richter zu psychologischen Fragen der Friedenssicherung und in Bremen Hellmuth Lange zur Verantwortung der Wissenschaft und Jörg Huffschmid zum Militärisch-Industriellen-Komplex.

Unter dem Einfluss der Friedensbewegung der 1980er Jahre und der Bildung berufsspezifischer Organisationen der Friedensbewegung nahmen die friedenswissenschaftlichen Forschungsprojekte und Lehrveranstaltungen sprunghaft zu, Disziplinen übergreifend und vor allem auch viele Bereiche erfassend, die bisher nicht oder fast nicht friedenswissenschaftlich in Erscheinung getreten waren (vgl. Hauswedell 1997).

Dominierten in den 1960er und 1970er Jahren vor allem die Politikwissenschaften, bezogen nach der drohenden Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in beiden deutschen Staaten auch zahlreiche WissenschaftlerInnen anderer Disziplinen, einschließlich der naturwissenschaftlichen, Position. Mitte der 1980er Jahre bildete sich unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung der Arbeitskreis Historische Friedensforschung. Tausende organisierten sich außerhalb der institutionalisierten Fried-

densforschung in Initiativen und Vereinigungen. Die Naturwissenschaftlerinitiative für Frieden hatte über 1.000 Mitglieder, die Sektion BRD der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) mehrere Tausend und die Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA), das Forum Informatiker für den Frieden (FIfF) und das Forum Friedenspsychologie – BewusstSein für den Frieden (FFP) jeweils mehrere Hundert. Hinzu kamen zahlreiche kleinere berufsspezifische Friedensinitiativen wie beispielsweise die KulturwissenschaftlerInnen oder der Arbeitskreis Frieden in Forschung und Lehre an den Fachhochschulen.

Diese neuen Initiativen in den Wissenschaften verstanden sich als integraler Teil der Friedensbewegung. Sie hatten die Friedenswissenschaft aus dem universitären «Elfenbeinturm» herausgeholt und nutzten sie zur direkten Bewegungsberatung. Sie wurden selbst Teil der Bewegung; damit verbunden war ein wachsender Einfluss der Friedensbewegung in den Universitäten.

So waren die in den 1980er Jahren neu eingerichteten Ringvorlesungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung (FuK) in der Regel multi- oder interdisziplinär angelegt. Sie wurden zum Teil in Zusammenarbeit mit Kräften der Friedensbewegung organisiert. Parallel dazu wurden Friedensthemen in unterschiedlichen Disziplinen zunehmend auch in einzelnen regulären Lehrveranstaltungen und Seminaren angeboten.

Die «Expertenkartei – Beiträge der Wissenschaft zu Frieden und Abrüstung» verzeichnete 1987 rund 700 WissenschaftlerInnen und etwa 80 Institutionen, Initiativen und Arbeitskreise im Bereich Wissenschaft und Frieden (vgl. Hauswedell 1987).

Gleichzeitig stiegen Anzahl und Auflagenhöhe friedenswissenschaftlicher – vor allem militär- und rüstungskritischer – Publikationen in den 1980er Jahren in einem bis dahin nicht ge-

kannten und auch danach nicht mehr erreichten Ausmaß. Die Auflagen bei «rororo aktuell», der «edition suhrkamp» und im Pahl-Rugenstein-Verlag lagen im 10.000er Bereich und wurden zum Teil mehrfach neu aufgelegt.

Unter der Federführung des stellvertretenden Direktors des IFSH, Dieter S. Lutz, wurde ab 1983 *Sicherheit und Frieden* als Vierteljahresschrift herausgegeben. Im gleichen Jahr erschien auf Initiative des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen an der Schnittstelle von Friedenswissenschaft und -bewegung der *Informationsdienst Wissenschaft & Frieden* und im Umfeld der Grünen, am Starnberger Institut, *mediatus*, später umbenannt in *Frieden* (ab 2002 fusioniert mit dem Informationsdienst Wissenschaft und Frieden zur Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden*). Bereits seit Anfang der 1970er Jahre gaben Studierende des Fachbereichs Politikwissenschaften an der FU Berlin, an dem Ulrich Albrecht lehrte, die *antimilitarismus informationen* (ami) heraus. 2003 wurde die ami eingestellt.

In der Folge dieser Entwicklung entstanden mehrere interdisziplinär arbeitende Arbeitszusammenhänge von WissenschaftlerInnen an den Universitäten, die bis heute aktiv sind. So 1986 die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) an der Universität Hamburg, 1988 der Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und Sicherheit (FONAS), verankert an den Universitäten Bochum, Darmstadt, Hamburg und Kiel, gleichfalls 1988 die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) an der TU Darmstadt und 1991 das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung (HIK) an der Universität Heidelberg.

#### **4 Friedensforschung in der DDR**

Der Schwerpunkt dieser Studie liegt auf der Friedensforschung in der alten und der erweiterten BRD nach 1990. Zur Einschätzung der Entwicklung der Friedensforschung seit den

1990er Jahren – der Reaktionen auf internationale Veränderungen und der verpassten Chancen – ist jedoch ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Friedensforschung in der DDR notwendig.

Da man in der Eigensicht der DDR-Regierenden die gesellschaftlichen Voraussetzungen beseitigt hatte, die immer wieder zum Krieg führen, lief die Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Aspekten der Friedenssicherung bis in die 1980er Jahre unter dem Leitbegriff «Imperialismusforschung». Schwerpunkt war die Außen- und Sicherheitspolitik: «Aspekte des inneren Friedens, der Beziehungen zwischen innergesellschaftlichen Prozessen und dem außen- und sicherheitspolitischen Verhalten von Staaten», wurden vernachlässigt (Benjowski 1991: 212).

Der Begriff Friedensforschung galt lange Zeit als «ein politisch suspekter Begriff und [war] gelegentlich dem Verdacht ausgesetzt, ein subversives Unternehmen zur Untergrabung der Verteidigungsfähigkeit des Landes zu sein» (Benjowski 1991: 212). Erst ab Mitte der 1980er Jahre setzte sich der Begriff der Friedensforschung mehr und mehr durch.

Als ursächlich für diese Entwicklung bezeichnet Wolfgang Schwarz, dass sich infolge der inneren Entwicklung in der Sowjetunion (Gorbatschows «Neues Denken») auch die Gesellschaftswissenschaften der DDR aus einem «ideologischen Korsett mit zahlreichen Scheuklappen und Denkverboten» befreiten. Damit konnte sich die Erkenntnis durchsetzen, «dass die Entstehung (gattungsgefährdender Überlebensprobleme) (Wettrüsten, Gefahr der nuklearen Vernichtung der Menschheit, ökologische Krise) die Prämissen, unter denen Systemauseinandersetzung und internationale Sicherheit bzw. deren Wechselverhältnis bisher betrachtet worden waren», grundlegend verändernd hatten (Schwarz 2015: 62/63). Ein neues sicherheitspolitisches Denken – «Kooperation statt Konfrontation» – wurde zur Richtschnur für

WissenschaftlerInnen an Instituten und Ausbildungszentren, die für Partei, Regierung und Armee arbeiteten, wie beispielsweise der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, dem Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg und der Militärakademie «Friedrich Engels» in Dresden. Gleichzeitig reagierten auch Hochschulen, wie die Humboldt-Universität zu Berlin, mit der Gründung des «Instituts für Friedens- und Konfliktforschung».

Führend in dieser Diskussion war aber sicher das 1971 zur Politikberatung gegründete Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW). Dessen Direktor Max Schmidt wurde 1987 auch Leiter des «Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung» der DDR, der zur Koordinierung der Friedens- und Konfliktforschung gegründet wurde.

ForscherInnen der Institute, vor allem des IPW, erarbeiteten zahlreiche Konzepte zur «gemeinsamen Sicherheit», zu Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, zur Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik und zur «strukturellen Angriffsunfähigkeit».

Das waren auch Forschungsschwerpunkte am Hamburger Institut für Frieden- und Sicherheitspolitik (IFSH). Dem bereits zu Beginn der 1980er Jahre gestarteten wissenschaftlichen Austausch zwischen dem IPW und dem IFSH folgten Ende der 1980er Jahre dann auch gemeinsame Veröffentlichungen.

Kritisch hält der langjährige Mitarbeiter am IPW, Wolfgang Schwarz, in einer Nachbetrachtung aber fest: «Das Neue Denken am IPW, wie in der Gesellschafts- und Militärwissenschaft der DDR insgesamt, war ein auf den Ost-West-Konflikt fixiertes außen- und sicherheitspolitisches Denken. Es blieb auf diesen Bereich, in dem es seine Stärken hatte, beschränkt.» (Schwarz 2014: 78)

Parallel zur Etablierung der Friedens- und Konfliktforschung in staatlichen Instituten der DDR entwickelte sich vor allem in der Evangelischen Kirche eine Debatte um eine alter-

native Sicherheitspolitik. 1983 warnte Walter Romberg vor der bevorstehenden Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD und befürwortete einseitige Abrüstungsschritte der UdSSR, um diese in letzter Minute zu verhindern. Er wies darauf hin: «Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR hat auf ihren letzten Tagungen 1982 sehr deutlich erklärt, dass sie den Ansatz der gemeinsamen Sicherheit, der Sicherheitspartnerschaft, wie sie in den Vorschlägen der Palme-Kommission zum Ausdruck kommt», als ein wichtiges politisches Konzept betrachtet. Dieses Konzept wurde in «einer Studie der Theologischen Studienabteilung beim Bund» der Evangelischen Kirchen in der DDR im Hinblick auf gemeinsame Sicherheit für beide deutschen Staaten konkretisiert (Romberg 1983). Auch in den Folgejahren gab es viele Berührungspunkte zwischen der staatlichen und der nicht staatlichen, vor allem kirchlichen Friedensforschung, wenn auch zum Teil unterschiedliche Begriffe gebraucht wurden, etwa «Strukturelle Angriffsunfähigkeit» versus «strukturelle Nichtfähigkeit zur Offensive». Berührungspunkte, die leider nicht produktiv genutzt wurden. Erhard Crome stellt dazu fest: «Die parallel zu den Diskussionen und Entwicklungen in den staatlichen Institutionen unter dem Dach der Evangelischen Kirche geleisteten Arbeiten sind wechselseitig erst am Ende der DDR zur Kenntnis genommen worden.» (Crome 2014)

Das IPW wurde 1990 von der letzten DDR-Regierung aufgelöst, die 400 MitarbeiterInnen, darunter etwa 150 WissenschaftlerInnen, wurden entlassen. Dieses Schicksal traf nicht nur sie. Die anderen regierungs-, armee- und parteinahen Institute, die sich mit Friedensforschung und Sicherheitspolitik befassten, wurden gleichfalls abgewickelt. Und auch die Hochschulen blieben nicht verschont. 1993 stellten die HerausgeberInnen des «Handbuchs Friedenswissenschaften – ExpertInnen, Institutionen, Hochschulangebote» zu

den ehemals in der DDR arbeitenden friedenswissenschaftlich Projekten, Instituten und Initiativen fest: «Wir konnten im letzten Jahr buchstäblich zusehen, wie [diese] [...] eliminiert wurden. So führt sowohl das «Institut für Friedens- und Konfliktforschung» an der Humboldt-Universität wie auch das «Nord-europa-Institut» in Greifswald nur noch ein Schattendasein.» Von den WissenschaftlerInnen arbeiten nur wenige «heute überhaupt noch im Bereich der Wissenschaft» (Lammers 1993: 8).

## 5 Neue Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges

Das Jahr 1990 stellt einen Einschnitt von ähnlich großer Bedeutung für die Friedensforschung dar wie das Jahr 1969. Allerdings unter wesentlich anderen nationalen und internationalen Bedingungen:

1969 wurden entscheidende Impulse gesetzt für die Förderung und institutionelle Absicherung der Friedensforschung, parallel zu einer Regierungspolitik, die aus den Schützengräben des Kalten Krieges rauswollte und die die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen beflügelte.

1990 – nach dem Ende des Kalten Krieges – keimte die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedensordnung (inklusive aller Staaten Osteuropas), auf umfassende atomare und konventionelle Abrüstung, auf Auflösung der Militärblöcke sowie politisch und ökonomisch auf eine Friedensdividende.

### 5.1 Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedensordnung

Vor diesem Hintergrund trafen sich 1990 erstmals FriedensforscherInnen aus Ost- und Westdeutschland zur Diskussion der neuen Herausforderungen. Auf der Tagung «Frieden gestalten nach dem Kalten Krieg» der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden und des Arbeitskreises Münsteraner Wissenschaft-

lerInnen für den Frieden standen in Münster neue Projekte der Friedenswissenschaft im Mittelpunkt. Bei Betonung einer weiterhin notwendigen gesellschaftskritischen Analyse stand die Forderung nach Entmilitarisierung im Mittelpunkt. Dazu Ulrich Albrecht: «Mit der Aufhebung des Ost/West-Konflikts verliert auch der wichtigste Reformansatz (der 80er Jahre), die *arms control*, ihren Gegenstand. [...] Positiv geht es heute darum, dass die Friedensforschung zur Entmilitarisierungsvorschreitet. Nicht die mögliche Dämpfung des Wettrüstens, Schadensbegrenzung, steht auf der Tagesordnung, sondern das Vordenken eines Lebens ohne Militär. [...] Die Entmilitarisierungsforschung hat die rüstungsmäßige Grenzgängerei, ansonsten devot militärische Sicherheitspolitik genannt, nicht abzustützen, sondern ihre Beendigung zu erklären.» (Albrecht 1991)

In der Folge der Münsteraner Tagung entstand unter der redaktionellen Leitung von Corinna Hauswedell und Karlheinz Koppe das Memorandum «Friedenssicherung in den 90er Jahren – Neue Herausforderungen an die Wissenschaft», für das über 30 WissenschaftlerInnen aus Ost und West und aus den verschiedensten Disziplinen Zuarbeit leisteten. Unter ihnen Ulrich Albrecht/Politikwissenschaften, Günter Altner/Ev. Theologie, Egbert Brieskorn/Mathematik, Hans Peter Dürr/Physik, Günter Gugel/Pädagogik, Ekkehart Krippendorf/Politikwissenschaften, Karlheinz Lohs/Chemie, Petra Opitz/Wirtschaftswissenschaften, Rainer Rilling/Soziologie, Dieter Senghaas/Friedensforschung, Eva Senghaas-Knoblach/Politische Psychologie, Udo-Ernst Simonis/Wirtschaftswissenschaften, Diethelm Weidemann/Asienwissenschaften, Gerda Zellentin/Politikwissenschaften.

Das Memorandum wirft einen kritischen Blick auf die «radikal sich verändernde Weltsituation» nach dem Kalten Krieg. Es warnt vor Tendenzen in der Europäischen Gemeinschaft, «sich als «Festung Europa» gegenüber ande-

ren Weltregionen abzuschotten und eigene militärische Abschreckungs- und Interventionskapazitäten aufzubauen» (Hauswedell 1992: 3). Es setzt dem einen Forschungskatalog zur Absicherung einer Entwicklung der zivilen Kooperation und Friedensfähigkeit entgegen: «Europa – Experimentierfeld für Frieden».

Das unter gemeinsamer Federführung von Gesellschafts- und NaturwissenschaftlerInnen zustande gekommene Dokument übernimmt den «breiten» Friedensbegriff der kritischen Friedensforschung und befasst sich sowohl mit der Ambivalenz moderner Hochtechnologien, der notwendigen Konversion militärischer Strukturen, mit Ökologie und Frieden, der Überwindung der ökonomischen Ungleichgewichte als auch mit Rassismus, Rechtsextremismus und kultureller Gewalt, mit patriarchalen Strukturen und feministischen Potenzialen sowie der Friedenspädagogik als Komplement zur Friedensforschung.

Die WissenschaftlerInnen plädieren für ein neues Profil der Friedensforschung, dass diese «unter den veränderten politischen Bedingungen [...] auch dadurch gewinnen [können], wenn sie sich zunehmend als Entmilitarisierungsforschung verstehen würde. So müsste sie forschend prüfen, ob es ausreicht, wie bisher nur über eine Einhegung des Militärs, seine politische und demokratische Kontrolle und das Ausmaß der Rüstung nachzudenken, oder ob es nicht an der Zeit ist, Militär als solches grundsätzlich in Frage zu stellen und sich Gesellschaften vorzustellen, die ihre Funktion auch ohne Militär erfüllen.» (Ebd.: 5)

Einen ähnlichen Ansatz hatte auch die im Oktober 1990 gegründete Dresdner Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik e. V. (DSS). Die Gesellschafts-, Militär- und Technikwissenschaftler der DSS hatten an der Militärakademie Friedrich Engels in Dresden gelehrt und waren nach der Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) entlassen worden.

Sie zählten sich zu den reformorientierten Offizieren, die bereits 1989 «gemeinsam im Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS) an der Aufgabe gearbeitet hatten, der konfrontativen, auf militärische Abschreckung gestützten Sicherheitspolitik ein neues Konzept gemeinsamer und entmilitarisierten Sicherheit entgegenzusetzen» (Scheler 2015). Die DSS gab zwischen 1990 und 2015, dem Jahr ihrer Auflösung, 115 Arbeitspapiere heraus, die sich unter anderem mit einer kritischen Aufarbeitung der Militärwissenschaft der DDR, der Erarbeitung von Vorstellungen zur Konversion der Streitkräfte und der Rüstungsindustrie, mit Entmilitarisierungskonzepten sowie Schritten zu einem gesamt-europäischen Sicherheitssystem befassten; Arbeitspapiere, die sich mit der NATO-Osterweiterung auseinandersetzten, die Position bezogen zu den Kriegen der 1990er und 2000er Jahre und in denen Beiträge für nicht-militärische Konfliktlösungen erarbeitet wurden. Ausgehend davon, dass eine Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich ist, gab es zahlreiche Veröffentlichungen zur nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, zu ihrer Militärdoktrin und Außenpolitik.

Zusammen mit der Sächsischen Friedensinitiative Dresden lud die DSS zu 18 Friedenssymposien ein, deren Themenvielfalt von «Völkerrecht und Rechtsbewusstsein für eine globale Friedensordnung» über «Kultur des Friedens» bis zu «Frieden schaffen ohne Waffen» reichte. Doch die Idee einer umfassenden Entmilitarisierung scheiterte genauso, wie die Idee Gorbatschows vom «Gemeinsamen Haus Europa». Es wurde offensichtlich, dass die Regierungen in Washington, London, Paris und Bonn/Berlin nicht bereit waren, sich von dem Sicherheitsverständnis aus Zeiten der Blockkonfrontation zu lösen. Sie setzten angesichts einer kaum handlungsfähigen Regierung in Moskau auf schnellen Machtausbau und in der Folge auf eine Ausdehnung der NATO. Mit schwindenden Hoffnungen auf Entmili-

tarisierung und ein Europa von Lissabon bis Wladiwostok trat auch die Utopie einer alternativen Gesellschaftsordnung, die aus sich heraus den Krieg als Mittel der Politik verdammte, in den Hintergrund.

Zwar verringerte sich Anfang der 1990er Jahre die Gefahr zwischenstaatlicher Konflikte; aber dafür nahmen innerstaatliche Konflikte zu und wurden, wie bei der Auflösung der Sowjetunion und dem Zerfall Jugoslawiens, durch wohlwollendes Zuschauen oder mit direkter Unterstützung westlicher Regierungen befördert. Das «Handbuch Friedenswissenschaft» zitiert Ernst Otto Czempiel: Die Außenpolitik «steckt tief in der Realismusfalle, in der die sich selbst so nennende Realpolitik gedeiht. Indem sie sich so verhält, wie es der Realismus vorschreibt, nämlich Staaten als die einzigen Akteure, Sicherheit als das einzige Ziel und militärische Gewalt als das einzige wirksame Mittel der Außenpolitik anzusehen, erschafft sie sich immer die Zustände, die sie bestätigt.» Die AutorInnen des Handbuchs ziehen den Schluss: «Krieg ist wieder eine Realität in Europa. Gewalt hat eine neue Dimension gewonnen, international ebenso wie im inneren unserer Gesellschaften. Der konzeptuelle Nachholbedarf für eine den veränderten Bedingungen gemäße Konfliktanalyse und -bearbeitung ist in Wissenschaft und Politik evident.» (Lammers u. a. 1993: 2 f.) Gleichzeitig weisen sie aber auch auf die schwieriger werdenden Bedingungen hin, auf die geringer werdenden finanziellen Mittel für Friedensforschung, die Gefahren der Abhängigkeit durch «Drittmittelförderung» und staatliche Eingriffe.

## 5.2 Der Niedergang der kritischen Friedensforschung

An den oben angesprochenen «Gefahren der Abhängigkeit durch Drittmittelforschung» macht Werner Ruf in der aktuellen Debatte den «Niedergang der kritischen Friedensforschung» in den 1990er Jahren fest: «Wissen-

schaft ist seit den 1990er Jahren fest im Griff des stummen Zwangs der Drittmittelfinanzierung. [...] Wichtige Akteure sind heute Ministerien, die mit Fragen der Konfliktbearbeitung befasst sind: das Bundesministerium für Verteidigung, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.» Die Leiter der Friedensforschungsinstitute stehen für Werner Ruf in der sozialen Pflicht ihren MitarbeiterInnen gegenüber, was dazu führe, dass zunehmend Projekte eingeworben würden, «die mit dem Ansatz kritischer Friedensforschung nichts mehr zu tun haben» (Ruf 2014: 123 f.).

---

### Mitte der 1990er Jahre tritt an die Stelle der Gesellschaftskritik eine Debatte um einen neuen «weiten» Sicherheitsbegriff.

Zum Bedeutungsverlust der kritischen Friedensforschung beigetragen hat aber sicher auch die Tatsache, dass ab Mitte der 1990er Jahre viele gestandene FriedensforscherInnen emeritiert wurden. Ihre Stellen wurden nicht mehr besetzt oder umgewidmet, mit der Folge, dass Projekte eingestellt oder nur noch auf Sparflamme weitergeführt werden konnten. Stefan Sielschott interviewte zu diesem Thema 2005 einige FriedensforscherInnen und kommt zu dem Schluss, dass sich lange Jahre ein kleiner Teil der Studierenden durchaus darauf verlassen konnte, dass einzelne ProfessorInnen in ihren Veranstaltungen regelmäßig friedensrelevante Fragen behandelten. Diese personenabhängige Form der Institutionalisierung sei aber ständig gefährdet gewesen. Er zitiert Christiane Lammers, die bedauerte habe, «dass in Berlin nach der Emeritierung von Theodor Ebert, Ekkehart Krippendorff und Ulrich Albrecht «kaum etwas nachgekommen» sei.» Peter Strutynski habe mit «Blick auf die Nachfolge Werner Rufs in Kassel» festgestellt, dass «die universitäre FuK und FuK-Lehre [...]



in den letzten Jahren stark zurückgedrängt worden» sei und dass nach der Emeritierung friedenswissenschaftlich engagierter Lehrstuhlinhaber diese Lehrstühle «häufig anderweitig besetzt worden» seien (Sielschott 2010).

Mitte der 1990er Jahre tritt an die Stelle der Gesellschaftskritik eine Debatte um einen neuen «weiten» Sicherheitsbegriff. «Unter Stichworten wie Weltinnenpolitik (Ernst Otto Czempiel) und Global Governance wurden zivile Konzepte und Instrumente eines friedensfördernden «Eingreifens» entworfen. Diese Debatten fanden ihren Niederschlag in der UNO, dort vor allem in deren Entwicklungsprogramm (UNDP). Der Human Development Report von 1994 verwendet erstmals den Begriff der menschlichen Sicherheit.» (Hauswedell 2014: 63)

Bei einer Gegenveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz stellte die Petra-Kelly-Stiftung 2003 das Thema *human security* in den Mittelpunkt: «Entscheidend ist, dass der Schutz des Individuums (aber auch der Gemeinschaften) im Begriff der «Human Security» gezielt höhere Bedeutung erhält als der Schutz territorialer Integrität der Nationalstaaten.» Auf der Tagung überwog die positive Interpretation der Gewichtsverlagerung vom Völkerrecht hin zu Menschenrechten: «Damit entfällt der psychologisch-politische Zwang zur Abgrenzung von Nicht-Staatsangehörigen bzw. zur Schaffung von Feindbildern und Kriegs-Allianzen. Menschliche Sicherheit ist also nicht partikularistisch, sondern universalistisch am Weltbürger orientiert.» Trotz der vorgetragenen kritischen Positionen, unter anderem von Hans Peter Dürr und Claudia von Braunmühl, nach denen «jeder Sicherheitsbegriff ein soziales Konstrukt darstellt und daher stets durch «unheilige Weggefährten», beispielsweise durch den militärisch-industriellen Komplex, manipulierbar bleibe», blieb «menschliche Sicherheit» dort die «friedenspolitische Real-Utopie» (Bricke 2003).

Was Mitte der 1990er Jahre als langfristige Friedensstrategie angedacht war und 2003 bei der oben genannten Tagung noch als «friedenspolitische Real-Utopie» bezeichnet wurde, war von der Realpolitik aber bereits in den Balkankriegen missbraucht worden, im Kosovokrieg zu einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, dem ersten mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch die Fortschreibung des *human security*-Konzepts in eine von der UNO abgesicherte Politik der Schutzverantwortung (*responsibility to protect* – R2P) hat den Frieden nicht sicherer gemacht. Bestes Beispiel Libyen: Der 2011 auf R2P gestützte Militäreinsatz hat das Gaddafi-Regime beseitigt, aber eine Region auf lange Zeit ins Chaos gestürzt (siehe auch Obenland 2014).

## **6 Neuer Beratungsbedarf und neue Friedensforschungsinstitute**

Trotz einer Bundesregierung unter Helmut Kohl, von der nicht bekannt ist, dass sie die Friedensforschung schätzte, entstanden in den 1990er Jahren neue Friedensforschungsinstitute. Ausgangspunkt war ein gestiegener wissenschaftlicher Beratungsbedarf nach dem Ende des Kalten Krieges (z. B. Konversion). Dass die Initiativen zu den Institutsgründungen auf dem Boden der alten BRD von sozialdemokratisch geführten Bundesländern ausgingen, hatte den Nebeneffekt, dass die SPD und sozialdemokratische PolitikerInnen sich mit den Instituten auch international – neben der Kohl-Genscher-Regierung – profilieren konnten.

### **6.1 Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)**

An der Universität Duisburg-Essen wurde 1990 als Forschungsstelle das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) gegründet, um als einziges deutsches Institut an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden zu arbei-

ten. Es kooperiert mit der Bonner Stiftung Entwicklung und Frieden, die 1986 von Willy Brandt initiiert und aus dem Preisgeld seines Friedensnobelpreises finanziert wurde. Brandt war damals Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission.

Das INEF hat drei Forschungsbereiche: «Global Governance und Human Security», «Entwicklung und Menschenrechte», «Gewaltkonflikte und Friedensstrategie», die sich um den Schwerpunkt «Fragile Staatlichkeit und Entwicklungsgesellschaften» gruppieren.

## 6.2 Das Bonn International Center for Conversion (BICC)

Mit der Gründung des Bonn International Center for Conversion (BICC) gab es eine zweite neue Institutsgründung in den 1990er Jahren, initiiert und finanziert durch die Landesregierung NRW unter Beteiligung des Landes Brandenburg. Für den Gründungsdirektor des BICC, Herbert Wulf, wurde dieses «weltweit erste Forschungs- und Beratungsinstitut für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Abrüstung» 1994 nur deshalb möglich, «weil aufgrund von Abrüstungsvereinbarungen, Kürzungen im Militärhaushalt usw. ein wirtschaftlicher und sozialer Druck entstand und mit ihm ein Interesse an den Ergebnissen eines solchen Instituts».

Das Institut selbst formulierte sechs Arbeitsschwerpunkte:

1. Probleme der Umwidmung finanzieller Mittel aus den Verteidigungshaushalten für nicht militärische Zwecke;
2. Umorientierung militärischer Forschung und Entwicklung zur Erfüllung nicht militärischer Aufgaben;
3. Möglichkeiten und Hindernisse bei der Umstellung der Rüstungsindustrie, der Anpassung der vorhandenen Kapazitäten und Verminderung der Abhängigkeit von Rüstungsproduktion;
4. Programme der Demobilisierung militärischen Personals und beim Militär be-

schäftigtem zivilen Personals sowie deren Reintegration in zivile Berufe;

5. Fragen der Nutzung militärischer Einrichtungen für zivile Zwecke, einschließlich Boden und Infrastruktur (Schließung von Standorten);
6. Möglichkeiten der zivilen Verwendung, des Umbaus, der Entsorgung oder Verschrottung von Waffen und anderem militärischen Gerät.

Die Beratungstätigkeit war von Anfang an international angelegt, aber nicht reduziert auf Konversion als Management der Abrüstungsfolgen. Dazu noch einmal Herbert Wulf: Um Abrüstung nicht dadurch zu behindern, «dass man sagt, «aber die Folgen sind so negativ» [...], steht bei uns auch einmal erst das eher kurzfristige Ziel im Mittelpunkt, nämlich die Folgen der Abrüstung zu bewältigen. Das zweite, weitergesteckte Ziel, bleibt aber, dazu beizutragen, die Gesellschaft zu entmilitarisieren.» (Wulf 1996)

Das Bonner Konversionsinstitut wurde als international ausgerichtetes Institut gegründet, mit anfangs vielen innenpolitischen Konversionsschwerpunkten. Es hat gegenwärtig etwa 40 MitarbeiterInnen.

Nimmt man die letzten Jahresberichte so wird deutlich, dass heute von einem weit gefassten Konversionsverständnis ausgehend die wichtigsten Forschungs- und Beratungsschwerpunkte in Afrika liegen. Es geht unter anderem um Waffenkontrolle und Demobilisierung ehemaliger Kämpfer in der Sahelzone, im Sudan und der Subregion.

Bei den nationalen Projekten steht die Liegenschaftskonversion im Vordergrund.

Zur Kleinwaffenkontrolle hat das BICC einen interaktiven Online-Guide über die weltweite Verbreitung von Kleinwaffen geschaffen ([salw-guide.bicc.de](http://salw-guide.bicc.de)). Andere Webseiten wurden eingerichtet zu deutschen Rüstungsexporten ([ruestungsexport-info](http://ruestungsexport-info)), Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden ([sicherheitspolitik.bpb.de](http://sicherheitspolitik.bpb.de)) und ein «Globaler Militarierungs-

index» (gmi.bicc.de). Daneben gibt es gedruckt zahlreiche Kurzanalysen zu aktuellen Themen und Forschungsberichte.

### 6.3 Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedensforschung (SCHIFF)

Das SCHIFF wurde 1995 als selbstständiges Institut an der Christian-Albrechts-Universität Kiel gegründet. Es befasste sich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der Untersuchung von Konfliktpotenzialen und Möglichkeiten der Prävention. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Konfliktprävention zwischen Russland und der EU am Beispiel der russischen Enklave Kaliningrad.

Das SCHIFF war mit einer Mitarbeiterzahl im einstelligen Bereich von Anfang an eines der kleinsten Friedensforschungsinstitute. 2006 verlor es seine Selbstständigkeit und wurde in das Institut für Sozialwissenschaften integriert, ab 2011 wurde es Arbeitsbereich am Institut für Internationale politische Soziologie der Christian-Albrechts-Universität. Faktisch wurde es inzwischen aufgelöst.

## 7 Neue Impulse durch die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)

Einen neuen Schub erhoffte sich die institutionelle wie auch die universitäre und die außer-universitäre Friedensforschung durch die von der ersten rot-grünen Bundesregierung eingerichtete Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF). Die im Oktober 2000 gegründete DSF wurde mit 50 Millionen DM aus Bundesmitteln ausgestattet.

Zum Ende der Regierung Kohl war die Bundesförderung der Friedensforschung fast auf Null heruntergefahren worden. Die Gründung und Finanzierung der DSF war da natürlich ein wichtiger Schritt nach vorne. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesförderung «zehn Jahre vor Rot-Grün, also

Anfang der neunziger Jahre, noch wesentlich höher [war], als was die Stiftung heute jährlich verausgaben kann», stellte Christiane Lammers bereits vor zehn Jahren fest (Lammers 2005). Seitdem hat sich die Situation weiter negativ entwickelt. Der letzte veröffentlichte Jahresbericht der Stiftung von 2012 weist schließlich nur noch eine Fördersumme von 497.000 Euro aus.

Das oberste Organ der DSF ist der Stiftungsrat mit 15 Mitgliedern (acht WissenschaftlerInnen, vier VertreterInnen der Bundesregierung, drei Mitglieder des Bundestags). Daneben gibt es noch einen wissenschaftlichen Beirat. Die wichtigsten Entscheidungen dürften jedoch vom Stiftungsvorstand in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung getroffen werden.

Hauptziel der Stiftung war die Förderung von Forschungsprojekten, die aufgrund der geringen Fördersumme aber stark zurückgegangen sind. So bleiben als wichtigstes Ergebnis der Stiftungsarbeit der vergangenen 15 Jahre ihre Impulse für die Struktur- und Nachwuchsförderung. An vier Universitäten wurden interdisziplinäre Studiengänge für Friedens- und Konfliktforschung – mit jeweils eigener Schwerpunktsetzung – neu eingerichtet und von der DSF gefördert. Damit wurde eine alte Forderung der deutschen FriedensforscherInnen aus den 1960er und 1970er Jahren verwirklicht. Im internationalen Vergleich allerdings mit jahrzehntelanger Verspätung: 2004 waren «Peace and Conflict Studies» «in mehr als 100 Universitäten weltweit als eigenständiges Lehrfach mit interdisziplinärem Anspruch vertreten» (Mehl 2005).

Nach entsprechender Vorbereitungszeit begannen mit dem Wintersemester 2004 viersemestrige Masterstudiengänge für «Friedens- und Konfliktforschung» an der Philipps-Universität Marburg und für «Friedensforschung und internationale Politik» an der Eberhard-Karls Universität Tübingen sowie ein sechssemestriger – gebührenpflichtiger –

Masterstudiengang an der Fern-Universität Hagen für «Peace Studies». Darüber hinaus förderte die DSF zusammen mit dem DAAD und in enger Kooperation mit dem IFSH ein einjähriges interdisziplinäres Aufbaustudium «Friedensforschung und Sicherheitspolitik» an der Universität Hamburg. «Die über einen Zeitraum von fünf Jahren geförderten Studiengangprojekte wurden jeweils mit einer Personalstelle (C3 Professur, Juniorprofessur, wissenschaftliche Mitarbeiterstelle) ausgestattet, um den umfangreichen Lehrverpflichtungen nachkommen zu können.» (Held 2005)

Neben den neuen Studiengängen förderte die DSF die Einrichtung einer naturwissenschaftlichen «Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur» an der Uni Hamburg und sie beteiligte sich an der «Georg-Zundel-Stiftungsprofessur» in Darmstadt, die jedoch nur ein halbes Jahr existierte. Darüber hinaus gab es eine institutsgebundene Doktorandenförderung im Bereich Friedens- und Konfliktforschung. Alle diese Maßnahmen sind ausgelaufen. Sie wurden nicht aus den Kapitaleinnahmen der Stiftung finanziert, sondern aus dem Stiftungskapital, und der Stiftungsvorstand hat beschlossen, dieses nicht weiter zu verzehren. Zurzeit gibt es keine aktuellen Fördermöglichkeiten mehr. Die Masterstudiengänge sind in das Programm der Universitäten aufgenommen. Sie sind damit nicht abhängig von Drittmitteln, werden zum Teil aber trotzdem unter Einwerbung von Drittmitteln weitergeführt. Ausnahme: Die Fernuniversität Hagen hat den Weiterbildungsstudiengang «Master of Peace Studies» bereits 2008 eingestellt. Damit ist der Studiengang weggefallen, der den engsten Praxisbezug hatte. Er richtete sich an geistes- und sozialwissenschaftliche HochschulabsolventInnen, die bereits im Beruf standen und die in friedenswissenschaftlichen, friedenspolitischen oder konfliktbezogenen Bereichen aktiv waren bzw. dort aktiv werden wollten.

Zur Aufgabe der DSF gehört die Förderung von wissenschaftlichen Studien, Pilotprojekten und von Anfang an auch die Förderung des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens der fünf Friedensforschungsinstitute HSKF, IFSH, BICC, INEF und FEST. Die langjährige – und 2005 von ihrem Amt zurückgetretene – stellvertretende Vorsitzende der DSF Christiane Lammers kritisierte aber bereits 2005, dass die Stiftung sich zu sehr auf konventionelle Arbeitsformen der Wissenschaft fokussiere, dass «innovative Projekte, die sich inhaltlich, methodisch oder strukturell auf neuem Boden oder nicht im Mainstream bewegen», nur geringe Chancen auf Förderung haben und dass «die Zivilgesellschaft als Bezugspunkt der Friedensforschung und Friedensarbeit völlig unterschätzt wird» (Lammers 2005).

Es ist nicht anzunehmen, dass sich angesichts des geringen finanziellen Spielraums der Stiftung an diesem Zustand etwas zum Positiven hin ändern wird.

## **8 Friedensforschung und Lehre aktuell**

Mit ihren Nachwuchsförderprogrammen, vor allem der Einrichtung der Masterstudiengänge, hat die DSF einen entscheidenden Anteil daran, dass eine alte Forderung der FriedensforscherInnen aus den 1970er Jahren nach einem interdisziplinären friedenswissenschaftlichen Studiengang erfüllt wurde. Damit sollten auch die Voraussetzungen geschaffen werden für eine Verbesserung der personellen Basis für die friedenswissenschaftliche Arbeit sowie für Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Zivilen Friedensdienstes und der Entwicklungszusammenarbeit.

### **8.1 Die Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung**

Neben den von der DSF geförderten Masterstudiengängen in Marburg, Tübingen, Hagen und Hamburg wurden zwischen 2005 und

2009 auch an anderen Universitäten Studiengänge für Friedens- und Konfliktforschung eingerichtet:

- An der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg «Peace and Conflict Studies» in Zusammenarbeit mit und gefördert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD);
- an der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt in Zusammenarbeit mit der HSK ein Studiengang «Internationale Politik/Friedens- und Konfliktforschung»;
- an der Universität Konstanz «Internationale Verwaltung und Konfliktmanagement»;
- an der Universität Duisburg-Essen «Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik» und
- an der Universität Augsburg «Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung».
- Im Juli 2014 wurde die Friedensakademie Rheinland-Pfalz als «besondere wissenschaftliche Einrichtung» an der Universität Koblenz-Landau gegründet.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen Studiengänge variieren. Nach den Angaben der Institute stehen im Mittelpunkt:

- In Marburg: potenziell gefährliche Konflikte, die in oder zwischen Staaten ausgetragen werden. Eine besondere Rolle spielt dabei die internationale und globale Umwelt dieser Konflikte. Zentrale Themen sind: ethnopolitische Mobilisierung, «humanitäre Interventionen», Gewaltökonomien und die Gewalt von nicht staatlichen Akteuren, aber auch die Etablierung internationaler Institutionen der Konfliktregelung und die Entwicklung globaler normativer Standards. Seit 2014 gibt es im Rahmen des Marburger Studiengangs den Bereich «Flüchtlingsforschung, Zwangsmigration, Flucht und Asyl» und es wird versucht, eine vernetzte Flüchtlingsforschung in Deutschland aufzubauen.
- In Tübingen: die Analyse von Gewaltkonflikten und Auswege daraus sowie Bedingun-

gen der Kooperation und des Friedens in inner- und zwischengesellschaftlichen Konflikten, insbesondere durch internationale Institutionen

- In Hamburg: disziplinäre, transdisziplinäre, interdisziplinäre und praxisorientierte Fragestellungen und Analysen der Friedensforschung und der Sicherheitspolitik
- In Magdeburg: Menschenrechtsfragen, Konfliktanalysen sowie normative Fragen einer globalen Friedensordnung
- In Frankfurt/Darmstadt: die Analyse von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten, die Entwicklung von Strategien der Konfliktregelung und Friedensförderung und die Vermittlung theoretischer und normativer Grundlagen an der Schnittstelle zwischen Friedens- und Konfliktforschung, Internationalen Beziehungen, Politischer Theorie und Philosophie
- In Konstanz: Die Analyse von Konfliktursachen, Konfliktverläufen und Herausforderungen des Wiederaufbaus in Konfliktregionen im Rahmen internationaler Politik und Verwaltung, die Befähigung zur Bewältigung der damit verbundenen Management- und Führungsaufgaben in komplexen internationalen Organisationen im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich
- In Duisburg-Essen: theoretische Ansätze der internationalen Beziehungen, Global Governance, Friedens- und Konfliktforschung, Nord-Süd-Beziehungen und entwicklungspolitische Praxis
- In Augsburg: interdisziplinäre Analysen gesellschaftlicher, politischer, inter- und transnationaler Konflikte. Ursachen, Dynamiken und Regelungsmöglichkeiten typischer Konfliktkonstellationen in modernen Gesellschaften, der Weltgesellschaft und dem internationalen System

Alle oben genannten Studiengänge sind international ausgerichtet mit Austauschprogrammen und/oder Pflichtauslandspraktika verbunden. Marburg bietet seit 2011 zusätzlich

zum vorwiegend deutschsprachigen Studiengang Friedens- und Konfliktforschung einen englischsprachigen für «Peace and Conflict Studies» zusammen mit der University of Kent an, bei dem die Studierenden das erste Jahr in Kent, das zweite in Marburg verbringen und einen Doppelabschluss erwerben. In Magdeburg werden aufgrund der engen Kooperation mit dem DAAD 30 Prozent der Studienplätze mit ausländischen StudentInnen belegt.

Die Friedensakademie Rheinland-Pfalz will ihren Schwerpunkt auf die Verbindung von gesellschafts- und bildungspolitischen mit entwicklungs- und friedenspolitischen sowie ressourcen- und umweltpolitischen Herausforderungen legen. Auf dieser Basis sollen auch friedenspolitische Aktivitäten initiiert und unterstützt sowie der gesellschaftspolitische Diskurs angeregt werden. Die Friedensakademie hat die Friedensinitiative Westpfalz bereits in der Gründungsphase in die Arbeit einbezogen. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit Organisationen, die in Rheinland-Pfalz friedenspolitisch tätig sind, gehört zum Programm.

---

### **Die Friedensakademie Rheinland-Pfalz will ihren Schwerpunkt auf die Verbindung von gesellschafts- und bildungspolitischen mit entwicklungs- und friedenspolitischen sowie ressourcen- und umweltpolitischen Herausforderungen legen.**

Eine Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen gibt es auch an anderen Universitäten. So kooperiert zum Beispiel Marburg mit Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen und der Welthungerhilfe, aber auch mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Auswärtigen Amt.

Die Studiengänge erfreuen sich eines großen Zuspruchs, so bewerben sich auf die 30–40 Marburger Studienplätze jährlich fast 400 Studierende. Als mögliche Berufsfel-

der werden bei fast allen Studiengängen die gleichen Bereiche angegeben: Beratungs-, Management- und/oder Forschungstätigkeiten in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, bei politischen, soziokulturellen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Organisationen im In- und Ausland wie zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen, Medien, Agenturen, Parteien, Verbänden, Stiftungen, internationalen Organisationen, in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in Forschung und Lehre. Die Gewichtung ist aber sehr unterschiedlich, so legen Marburg und Augsburg stärker Wert auf Konfliktbearbeitung, -mediation und -management, in Duisburg-Essen steht Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund und in Konstanz werden Verwaltungsfragen etwa in «multinationalen Übergangsverwaltungen» betont (siehe dazu auch: [www.afk.de](http://www.afk.de)).

Für die Studierenden wurden an den Universitäten eigene Lehrmaterialien entwickelt, in Marburg zum Beispiel drei umfangreiche Einführungsbände zu Konfliktforschung, Konflikttheorien und Konfliktregelung. Das

Marburger Zentrum für Konfliktforschung war darüber hinaus aber auch Initiator für Buchveröffentlichungen, die die Kriege in Jugoslawien, Irak, Afghanistan und Libyen in ihrem Entstehen, ihrem Verlauf und im Hinblick auf ihre Folgen untersuchen (Becker 2008, 2010 und 2012).

Die Studierenden der Friedens- und Konfliktforschung sind nach Aussage des Marburger Institutsleiters, Prof. Dr. Thorsten Bonnacker, überwiegend weiblich – in Marburg 75 Prozent – und gehören mehrheitlich zu den «besseren Studierenden». Trotzdem ist die anschließende berufliche Perspektive nicht gerade als rosig zu bezeichnen. In den oben angesprochenen Arbeitsfeldern «Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Zivilen Friedensdienstes und der Entwicklungs-

zusammenarbeit» sind die Anforderungen oftmals ganz andere. Dies sind vor allem Berufserfahrung und Arbeitserfahrung im Ausland. Sie setzen also eher auf etwas ältere Mitarbeiter und nicht auf Berufsanfänger: das Spektrum, das in dem aufgelösten Studiengang an der Fernuniversität Hagen studierte. Beim Berufsfeld Politikberatung ist auch Bonacker skeptisch: «Ich glaube, dass man da nicht zu viel Hoffnung haben sollte, da Politiker und Politikerinnen eben nach eigenen Gesetzen handeln und sich zwar beraten lassen, aber manchmal auch nur so beraten lassen, wie sie es gerne hätten.» (Bonacker 2015)

## 8.2 Stiftungsprofessuren

Die von der DSF geförderte Stiftungsprofessur in Hamburg hat dazu beigetragen, dass in Zusammenarbeit mit dem «Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung» (ZNF) an der Universität Hamburg HochschullehrerInnen verschiedener Disziplinen seit 2008 das «Interdisziplinäre Lehrangebot Friedensbildung/Peacebuilding» eingerichtet haben. Es richtet sich an Studierende in den Bachelor Studiengängen und umfasst zahlreiche Veranstaltungen, die Ringvorlesung «Friedensbildung – Grundlagen und Fallbeispiele» sowie Sommeruniversität und Exkursionen. Der Band «Friedensbildung» gibt einen guten Einblick in dieses interdisziplinäre Studienangebot (Borchardt 2014).

Die naturwissenschaftliche Georg-Zundel-Stiftungsprofessur, die in Kooperation zwischen DSF und Berghof-Stiftung an der TU Darmstadt eingerichtet wurde, war nicht einmal ein Jahr besetzt (Herbst 2010 – Januar 2011). Inzwischen wurde das Projekt aufgegeben.

## 8.3 Friedensforschungsinstitute – Politikberatung und -kritik

Das älteste deutsche Friedensforschungsinstitut, die FEST, wird von der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) getragen. Es fährt

heute ein diversifiziertes Forschungsprogramm, in dem Frieden nur noch Teil einer Abteilung «Frieden & Nachhaltige Entwicklung» ist. Die Tübinger FriedenspädagogInnen sind Teil der unabhängigen Berghof-Stiftung geworden. Daneben gibt es einige kleine Forschungsstätten, wie das unabhängige Institut für Friedensarbeit und gewaltfreien Konflikt-austrag (IFGK).

Im Unterschied zu den oben genannten wurden HSFK, IFSH und BICC zur Politikberatung gegründet. Sie finanzieren sich durch Bundes- oder Landesgelder und Drittmittel. Da stellt sich natürlich die Frage, instrumentalisiert die Politik die Institute oder nutzen diese ihre Möglichkeiten zur Beeinflussung der Politik? Oder allgemeiner, wie spielen diese Faktoren zusammen? Zum Zeitpunkt ihrer Gründung entsprach die Schwerpunktsetzung der Institute einem Beratungsbedarf der Politik; in den Instituten gab es aber gleichzeitig ein deutliches «Darüber-hinaus-Denken» (siehe oben; Koppe 2004 und Wulf 1996).

Trotzdem gab und gibt es immer wieder Kritik, die die Institute auf die «Staatsfinanzierung» reduzieren oder sogar im IFSH – aufgrund der Gründungsgeschichte und der Tatsache, dass Militärs zum Mitarbeiterstab gehören – ein «trojanisches Pferd» in der Friedensforschung sehen (siehe «Friedliche Kriegshilfe», in: Junge Welt, 8.1.2015).

Geflissentlich übersehen wird dabei, dass das IFSH unter Baudissin zu den Vordenkern der «Neuen Ostpolitik» gehörte, die ForscherInnen konsequent die Hochrüstungspolitik kritisieren, sich für eine gemeinsame europäische Sicherheitsstruktur ein- und auch kritisch mit Regierungspolitik auseinandersetzen. Als die damalige Leitung des IFSH – Dieter S. Lutz und Reinhard Mutz – 2001 in einem offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten eine kritische Aufarbeitung des Kosovokrieges forderte, musste sie sich dafür vom SPD-Außenpolitiker Gernot Erler abwatschen lassen, der ihnen unterstellte, sich «nachträglich» in den



Dienst einer gezielten Kampagne gegen den Krieg zu stellen (Strutynski 2002).

Aktuell hat die «Kommission «Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr» am ISFH» ein Positionspapier «Ost-West-Beziehungen: Vertrauensbildung ist notwendig» vorgelegt. Die AutorInnen betonen, dass der «Schwerpunkt der Betrachtung auf die eigene, die «westliche» Seite [gelegt wurde], um nicht die politische Praxis wechselseitiger Schuldzuweisungen zu reproduzieren». Es ist eine kritische Bilanz des West-Ost-Verhältnisses der letzten 20 Jahre, von der «politischen Marginalisierung der OSZE» über den Kosovokrieg, die NATO-Osterweiterung bis hin zur gegenwärtigen Lage in der Ukraine. Und es ist ein Plädoyer für vertrauensbildende Maßnahmen und zur Schaffung der Grundlagen «wachsender gemeinsamer Sicherheit». In der Tatsache, dass Deutschland seit 2015 Mitglied der OSZE-Troika ist und 2016 den Vorsitz übernimmt, sieht die Kommission «Chancen und Verantwortung, um zu versuchen, den «Teufelskreis» einer Eskalation der Krise in Europa zu durchbrechen und Grundlagen für einen «Engelskreis» wachsender gemeinsamer Sicherheit zu legen» (IFSH 2015). Ein aktuelles Beispiel dafür, dass sich Beratung und Kritik der Politik vonseiten der Friedensforschung nicht ausschließen.

Zur grundsätzlichen Problematik «Frieden und Politikberatung» schreibt der langjährige Leiter des Bonner Konversionszentrums (BICC) Herbert Wulf: «Die Friedens- und Konfliktforschung hat nicht nur den hohen Anspruch, die Ursachen von Krisen, Konflikten und Kriegen zu erklären und auf der Basis solider wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Problemlösung einen Beitrag zu leisten, sondern sie will darüber hinaus auch durch Politikberatung die Erkenntnisse möglichst anwendungsorientiert und damit effektiv und nachhaltig umsetzen.» (Wulf 2011: 495) Wulf verweist aber auch auf Strukturprobleme, die einer erfolgreichen Beratung entgegenstehen und auf die Gefahren,

die in ihr liegen. Er kommt zu dem Schluss: «Die Forschung, die den hohen Anspruch erhebt, auf einem so komplexen Gebiet wie Konflikte, Kriege, Sicherheit und Frieden Erklärungen oder gar Lösungen anzubieten und Politiker entsprechend zu beraten, bewegt sich – um es nochmals militärisch auszudrücken – auf einem Minenfeld. Mit viel Geschick kann das Feld entminet werden; andernfalls kann auch eine Mine in die Luft gehen – mit entsprechend negativen Folgen für die Beteiligten. Bevor man sich als Wissenschaftler jedoch darauf einlässt, den Politikern nach dem Mund zu reden, nur um tatsächlich gehört zu werden, sollte man sich auf eine Wissenschaft mit soliden Methoden beschränken, die richtigen und kritischen Fragen stellen und darauf zählen, dass Rationalität auch im politischen Alltag nicht permanent ungehört bleibt und ignoriert werden kann.» (Ebd.: 501)

Der Anspruch der Politikberatung wurde auch bereits bei der ersten Ausgabe des heute von den fünf großen Forschungsinstituten jährlich herausgegebenen Friedensgutachtens formuliert: «Zu einer Reihe wichtiger Fragen werden von Experten Gutachten für den politischen Entscheidungsprozess und die öffentliche Diskussion erstellt. [...] Zum Thema «Frieden» gibt es das bisher nicht.» (HSFK/FEST/IFSH 1987: 5)

Seitdem hat das Friedensgutachten immer wieder aktuelle, politikrelevante Themen aufgegriffen – in zum Teil kontroversen Einzelbeiträgen oder in der «Stellungnahme» der HerausgeberInnen. Viele Bereiche wurden über die Jahre kontinuierlich behandelt, wie Rüstungs- und Rüstungsexportpolitik oder die atomare Frage.

Im Mittelpunkt der letzten fünf Jahre standen:

- Afghanistankrieg, sicherheitspolitische Folgen der Wirtschaftskrise und die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt;
- der Aufbruch in der arabischen Welt, die Interventionspolitik des Westens, die deutsche und die NATO-Militärpolitik;

- die Globalisierung und ihre Folgen;
- neue Kriege, neue Rüstung, neue Rüstungsmärkte;
- europäische Verteidigungs- und Rüstungsexportpolitik sowie die Rolle von Religion in Gewaltkonflikten;
- dazu zahlreiche Länderstudien und Analysen diverser Bürgerkriege und Kriege.

Die oben angesprochene «Gratwanderung» der Friedensforschung bei der Beratung wird in den Schwerpunkten der Friedensgutachten deutlich.

Zum Beispiel Afghanistan: Die AutorInnen halten fest, die «Afghanistanpolitik ist gescheitert» (Friedensgutachten 2010: 3), die «Fortführung der Kampfhandlungen schränkt die politischen Spielräume ein», die «ausländischen Truppen in Afghanistan sind eine Ursache der Gewalteskalation», «militärische Aufstandsbekämpfung und Schutz der Zivilbevölkerung sind unvereinbar», «ein Ende der Kampfhandlungen (ist) geboten» (ebd.: 9). Sie müssen aber auch feststellen: «Die sieben Experten, die in diesem Friedensgutachten Afghanistan analysieren, halten sich mit klaren Empfehlungen auffallend zurück. Umstritten ist, welche Option die am wenigsten schlechte ist: Schneller Abzug aus Afghanistan oder Fortführung des Engagements mit neuer Strategie? Konditionierter oder bedingungsloser Abzug? Ende der Kampfoperationen oder Fortsetzung mit neuen Zielen?»

Ein zweites Beispiel: Im Friedensgutachten 2014 wird die Frage europäischer Streitkräfte kontrovers diskutiert. Pro, weil «gemeinsame Streitkräfte Stabilisierungsmaßnahmen [sprich Militäreinsätze] übernehmen» können, bei denen europäische Einzelstaaten überfordert wären; weil «eine robuste europäische Teilnahme an UN-Operationen [...] deren Effektivität und Legitimität» verbessern würde (ebd.: 13). Contra, da «solange das Demokratiedefizit der EU nicht behoben ist, [...] eine europäische Armee ohne Kontrolle durch den Souverän» wäre; weil die EU mit der «Ent-

wicklung eines neuartigen Euromilitarismus [...] das Spezifikum [...] als Zivilmacht» preisgäbe; weil der «Trend zu einer neuen, bislang hauptsächlich von den USA geprägten «unkonventionellen» Kriegführung» verstärkt würde (ebd.: 97 f.).

Dazu die HerausgeberInnen: «Wir beziehen hier, wie gesagt, nicht Position. Vielmehr wollen wir eine überfällige Diskussion anstoßen.» (Ebd.: 15) Das Ziel «Bundesrepublik ohne Armee» oder «Entmilitarisierung», noch in den 1990er Jahren breit in der Friedensforschung und -bewegung diskutiert, kommt nicht mehr vor.

Kritischer setzen sich die HerausgeberInnen im selben Gutachten dagegen mit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auseinander. Anknüpfend an die Reden von Gauck, von der Leyen und Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 kritisieren sie ein Hintergrundpapier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund (GMF), in dem «die Absicht mit-schwingt, das Militär als Mittel der Politik zu normalisieren. Es geht offenbar nicht nur darum, Völkermorde zu unterbinden. Militäreinsätze sollen auch dann gerechtfertigt sein, wenn Deutschlands ökonomische Interessen als Seehandelsland bedroht sind.» Sie halten fest: «Demgegenüber setzt die Entwicklungs- und Friedensforschung weniger auf zivil-militärisches Risikomanagement als vielmehr auf die kritische Auseinandersetzung mit globalen Ordnungs- und Machtstrukturen. Frieden braucht die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheit und muss die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit dieses Planeten einhalten.» (Ebd.: 23)

Das Friedensgutachten konzentriert sich stark auf zeitnahe und aktuelle Entwicklungen, es gibt in ihm den Blick zurück in die Geschichte, Visionen sind dagegen eher selten. Es wird nicht nur vor EU-Gremien und auf der Bundespressekonferenz vorgestellt, sondern auch mit Bundesministerien, Parlamentsausschüs-

sen und Abgeordnetengruppen diskutiert. Die Reaktionen der Politik sind entsprechend der politischen Lage, der Grundhaltung der PolitikerInnen oder auch der Forschungsprojekte sehr unterschiedlich, Zustimmung ist in der Regel nur begrenzt.

Von wenig Zustimmung aus der Politik können sicher auch all die FriedensforscherInnen ein Lied singen, die sich seit vielen Jahren für eine konsequente atomare Abrüstung, gegen die Weltraummilitarisierung, die Robotisierung der Streitkräfte, für Feindbildabbau, für eine Menschenrechte achtende Flüchtlingspolitik etc. positioniert haben.

Das Gleiche gilt für die Kritik an den Rüstungsexporten. Über ein Verbot des Exports von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete scheinen sich die FriedensforscherInnen weitgehend einig zu sein. Das Bonner Konversionsinstitut geht weiter, in dem es in einigen seiner Berichte auf die Verbreitungswege der Kleinwaffen und die gesellschaftlichen Hintergründe der Konflikte in Nordafrika eingeht und die internationale Kontrollaktivitäten hinterfragt: «Sie können [...] in einem Konfliktland möglicherweise de facto zur Professionalisierung einer Armee beitragen, die schon mehrfach geputscht hat oder an repressiven Maßnahmen gegen die Bevölkerung beteiligt war. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft könnte dazu führen, dass ein solcher Akteur seine Macht noch effektiver ausüben kann.» (BICC-Jahresbericht 2014: 15)

Davon ausgehend, dass von der Proliferation kleiner und leichter Waffen erhebliche destabilisierende Wirkungen in verschiedenen Ländern ausgehen, dass dadurch oft innere und regionale Gewaltkonflikte angeheizt werden, spricht sich das BICC für mehr Transparenz, mehr parlamentarische Kontrolle und eine restriktivere Rüstungsexportpolitik aus: «Für die Politik sollte es [...] das Gebot der Stunde sein, über die Alternative Rüstungsindustriekonversion nachzudenken und auch bereit zu sein, in entsprechende Konzepte und Programme

zu investieren.» (Ebd.: 25 f.) Es sieht auch hier nicht danach aus, dass sie bei den Regierenden dafür ein offenes Ohr finden.

#### 8.4 Inhaltliche Differenzen in der Friedensforschung

Es gibt das jährliche Friedensgutachten mit jeweils über 20 Beiträgen. Hinzu kommen allein von der HSK in den letzten fünf Jahren über 150 Bücher, Studien und friedenswissenschaftliche Arbeitspapiere sowie die Veröffentlichungen der anderen Institute, der universitär angebotenen und der «freischaffenden» Friedens- und KonfliktforscherInnen. In diesen Arbeiten wird nicht nur thematisch, sondern auch politisch eine große Bandbreite sichtbar. Werner Ruf kritisierte 2009, dass sich die Friedensforschung «zwar friedlicher Konfliktforschung verpflichtet fühlt, aber außenpolitische Grundprämissen nicht mehr infrage stellt, sondern ein vonseiten der Regierung vorgegebenes Politikziel unhinterfragt übernimmt.» (Ruf 2009: 47) Das stimmt sicher für eine Reihe von Veröffentlichungen. Kritisch anzumerken ist auch, dass vielfach Konfliktursachen unterbelichtet bleiben; dass Arbeiten sich auf die Darlegung von «Fakten» beschränken, deren Interpretation (bewusst?) dem Lesenden (oder auch den PolitikerInnen) überlassen bleibt; dass Korrekturen vorgeschlagen werden, wo man Alternativen formulieren könnte, dass auch von FriedensforscherInnen im sprachlichen Bereich der Friedensbegriff für Militäreinsätze missbräuchlich übernommen wird (*peacekeeping*, *peace enforcement*). Daneben gibt es aber auch die deutliche Kritik der Außen- und Militärpolitik (siehe das oben zitierte IFSH-Papier von 2015 oder Positionen zu Rüstungsexporten, A-Waffen, Drohnen etc.) sowie die Entwicklung alternativer Strategien.

Dass die Bandbreite von regierungskritisch bis regierungsnah reicht, ist nicht neu. Die Gemeinde der FriedensforscherInnen war auch nie eine pazifistische. Es gab neben PazifistIn-

nen, wie Karlheinz Koppe, auch Militärs, wie Wolf Graf von Baudissin und nicht wenige, die aktive BefürworterInnen des vietnamesischen Widerstands gegen die US-Aggression und des antikolonialen Befreiungskampfes waren. Einig war man sich bis Ende der 1980er Jahre allerdings in der Frage, dass Kriege keine Probleme lösen und militärische Interventionen grundsätzlich abzulehnen sind. Seit der oben angesprochenen Diskussion um *human security*, um R2P und der von Mary Kaldor (1999) und Herfried Münkler (2002) entwickelten «Theorie» von den «neuen Kriegen» gibt es diese Einheit nicht mehr. Chojnacki und Namberger identifizieren das «Kriegs- und Staatsverständnis der «neuen Kriege» [...] nicht nur als simplifizierenden Eurozentrismus, sondern als eine diskursive Praxis, die sowohl subalterne Identitäten in den «neuen Kriegen» erfindet und essenzialisiert als auch die Legitimation westlicher (Militär-)Interventionen begünstigt bzw. diese gar forciert – und so zur Verfestigung globaler Machtverhältnisse und Ordnungsstrukturen beiträgt» (Chojnacki 2014: 157).

Im Friedensgutachten 1992 wurde erstmalig eine deutsche Beteiligung auch an Kampfeinsätzen der UNO unter bestimmten Bedingungen befürwortet. Eine Diskussion, die sich auch in der AFK widerspiegelte. «Zwischen 1988 und 1994 befassten sich vier von sieben AFK-Jahrestagungen [...] mit den theoretischen und praktischen Anforderungen an die Friedenswissenschaft nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. [...] Bereitschaft zum Streit oder zur Polemik provozierten bezeichnender Weise nicht interne, differierende Theorieansätze, sondern die Notwendigkeit, angesichts neuer virulenter Gewaltausbrüche und kriegerischer Konflikte [...] pazifistische Positionen auf ihre konzeptionelle und politisch-praktische Tragfähigkeit hin zu überprüfen.» (Hauswedell 1997: 259)

Eine Debatte, die auch heute noch die Gemeinde der FriedensforscherInnen trennt. Als Alternative zum Militäreinsatz im Rahmen

der R2P diskutiert man in Projekten der FEST zum Beispiel internationale Polizeieinsätze. «Als friedensethische Lösung, das Ideal der Gewaltfreiheit mit der internationalen Schutzverantwortung in Einklang zu bringen», sieht sie ««Just Policing», verstanden als gerechtes polizeiliches Verhalten». Im Fokus dieses Ansatzes «steht das Ziel der Gewaltdeeskalation und Gewaltminimierung. So würden sich Polizeieinheiten aufgrund ihres Aufgabenprofils, ihrer Ausstattung und ihrer Ausbildung sowie ihrer institutionellen Einbindung deutlich vom Militär unterscheiden. Angestrebt werde kein «Sieg über andere», vielmehr gehe es darum, «gerechte win-win-Lösungen» zu ermöglichen.» (FEST 2014)

Für die Befürworter «humanitärer Interventionen» war bisher ein UN-Mandat die Voraussetzung zur Zustimmung; zwischenstaatliche Kriege, wie der der USA gegen den Irak, wurden abgelehnt. Diese Position ist auch heute dominierend unter den FriedensforscherInnen. Aber es gibt einzelne, die sie zu verlässen scheinen. So warnte der Leiter der HSFK, Harald Müller, 2010 vor der «eingeschlagenen Appeasement-Politik» des Westens gegenüber dem Iran, die für Israel und den Weltfrieden fatale Folgen haben könnte. Er zeigte Verständnis für einen möglichen israelischen Angriffskrieg gegen den Iran: «Ein israelischer Angriff auf die Infrastruktur des iranischen Nuklearprogramms ist riskant und wird schwerwiegende negative Folgen haben. Die politischen Führer Israels können – in voller Erwartung dieser negativen Folgen – zu dem Schluss kommen, dass er dennoch die einzige Option ist, die ihnen bleibt, um ihr Land und Volk vor einem nuklearen Holocaust zu schützen. [...] Wenn es zu einer Militäroperation Israels kommt, werde ich diese Folgen fürchten und die Opfer auf beiden Seiten beklagen. Aber ich hoffe, dass der Westen und mein eigenes Land dann nicht Israel die Schuld zuschieben. Ahmadinejad und die Extremisten, die ihn umgeben, fordern die Tragödie heraus.» (Müller 2010)

Neben der «begrenzten» Zustimmung zu Militäreinsätzen sind Differenzen unter den FriedensforscherInnen auch auf anderen zentralen Gebieten zu erkennen. Das betrifft zum Beispiel die Politik der «Versicherheitlichung» der nationalen und internationalen Politik und der «Ertüchtigung» der Partnerstaaten zur selbstständigen Verteidigung. Nicht nur zahlreiche international Aktive in den Nichtregierungsorganisationen werden dadurch vor die Frage gestellt, der eigenen ethischen Überzeugung zu folgen oder sich anzupassen. Die Auswirkungen werden auch in der Forschung sehr unterschiedlich beurteilt, schließlich ist beides in der Regel mit Aufrüstung und bei Letzterem auch mit verstärkten Waffenexporten in Spannungsgebiete verbunden. «Die Friedens- und Konfliktforschung liefert gute Argumente dafür: Waffen schaffen nicht automatisch Stabilität, weshalb die «Ertüchtigung» von Partnerstaaten ohne Rücksicht auf menschenrechtliche und innenpolitische Aspekte der falsche Weg ist.» (BICC-Jahresbericht 2014: 25)

Im Rahmen der «Ertüchtigung» geht es auch um internationale Polizeiausbildung in Krisenregionen. «Das Engagement dafür ist personell und finanziell unverhältnismäßig gering im Vergleich zu militärischen Einsätzen.» (Friedensgutachten 2014: 16) Allerdings wird im selben Text auch registriert, dass «die erwarteten Erfolge häufig ausbleiben und dass von [...] der EU ausgebildete und ausgestattete Polizisten, die sich kriminellen Netzwerken anschließen, [...] die Sicherheitslage» sogar verschärfen (ebd.).

## **9 Friedensforschung als Zukunftsforschung**

Friedensforschung ist dem Frieden verpflichtet, das heißt, sie muss sich konsequent einsetzen für die Abschaffung des Krieges als Mittel der Politik. Krieg und Gewalt sind als Formen des Konfliktaustrags zu delegitimieren.

### **9.1 Den Militärisch-Industriellen-Komplex in den Fokus nehmen**

In Zeiten der Globalisierung kommt es mehr denn je darauf an, den Blick – wieder – auf die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft zu richten. Internationale Institutionen, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, und internationale Vereinbarungen, wie Freihandelsabkommen, spielen eine immer größere Rolle zur Sicherung der Kapitalinteressen der großen Player aus den Industriestaaten.

---

### **In Zeiten der Globalisierung kommt es mehr denn je darauf an, den Blick - wieder - auf die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft zu richten.**

Es gibt Studien zu den zu erwartenden Folgen des Klimawandels, zum «Landgrabbing», zu Negativfolgen von Freihandelsabkommen für die Nichtindustriestaaten, zu Auswirkungen der Finanzpolitik des IWF, es gibt Länderstudien zu Ursachen und Folgen des Kampfes um Ressourcen. Auch die Rüstungsexportpolitik steht in der Kritik. Aber wer fragt nach, wenn im Flugzeug der Kanzlerin und wichtiger MinisterInnen bei Auslandsreisen die VertreterInnen der Rüstungsindustrie sitzen, wenn Werbeshows der europäischen und deutschen Rüstungskonzerne mit Steuergeldern finanziert werden? Vor allem: Wer untersucht die Strukturen, die den global operierenden Konzernen und Banken diese Machtfülle bescheren? Wer untersucht ihren Einfluss auf die Regierenden und ihr Zusammenspiel?

Es gibt interdisziplinär arbeitende Friedensforschung an den Universitäten. Die Politikwissenschaften sind dominierend, die Rolle der Pädagogik und der HistorikerInnen hat zugenommen, und in Hamburg

wurde um die naturwissenschaftliche Stiftungsprofessur ein breites interdisziplinäres Forschungs- und Lehrprogramm entwickelt. Eine interdisziplinär arbeitende Ökonomie-Stiftungsprofessur könnte Impulsgeber sein für eine stärkere Durchleuchtung des Militärisch-Industriellen-Komplexes, für eine herrschaftskritischere Friedensforschung. Bildung ist Ländersache.

## 9.2 Historische und geopolitische Kriegshintergründe beleuchten

Betrachten wir die gegenwärtigen Kriege und Konflikte, so handelt es sich in der öffentlichen Wahrnehmung vielfach um religiöse oder ethnische Konflikte. Das war bei den Balkankriegen so, bei den Kriegen in Afrika und in Afghanistan. Das ist so bei dem mörderischen Feldzug des sogenannten Islamischen Staates (IS), bei den Bürgerkriegen in Libyen und im Jemen. Zahlreiche Aspekte dieser Konflikte sind nicht nur in den Arbeiten von FriedensforscherInnen, sondern auch in Forschungsberichten von MitarbeiterInnen der regional oder kontinental arbeitenden Institute untersucht worden. Und doch bleibt der Eindruck, dass Kriegsursachen, die in historischen – zum Beispiel kolonialen und neokolonialen – Verhältnissen liegen, oder die in den ökonomischen und geopolitischen Interessen der Industrienationen begründet sind, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Forschung unterbelichtet sind:

- Der IS ist aber nicht zu verstehen ohne die willkürlich gezogenen Grenzen in diesem Raum und auch nicht ohne den von den USA aus strategischen Gründen initiierten Irakkrieg;
- Afghanistan nicht ohne die vorher – in der Systemkonkurrenz begründete – Aufrüstung der Mudschahedin, dann der Taliban durch die USA;
- die Krise in Mali und der Terror der Boko Haram in Nigeria nicht ohne die politischen und ökonomischen Interessen der alten Ko-

lonialmächte Frankreich oder Großbritannien, nicht ohne den von diesen und den USA herbeigebombten Sturz der Regierung in Libyen;

- der Krieg in der Ukraine nicht ohne die Geschichte des Mehrvölkerstaates, ohne das Streben nach Osterweiterung von NATO und EU bis an die Grenzen Russlands und nicht ohne dessen strategische Interessen.

## 9.3 Kriege delegitimieren

Der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat eine instabile, wirtschaftlich verarmte Region hinterlassen. Auch 15 Jahre später fliehen die Menschen noch aus dem Kosovo – jetzt nennt man sie nur «Armutsfüchtlinge» und schickt sie zurück.

Die mit Lügen begründete US-Aggression gegen den Irak hat einen zerfallenden Staat hinterlassen, in dem auch zehn Jahre später noch täglich Menschen infolge von Kriegshandlungen sterben, in dem der IS einen Nährboden findet, der zu einer langfristigen Destabilisierung der gesamten Region beiträgt.

Die militärische Intervention in Afghanistan ist gescheitert. Nach über zehn Jahren Krieg und zehntausendfachem Tod hat die NATO mit dem Rückzug begonnen, ohne dass jemand weiß, was folgen wird.

Der unter Führung Frankreichs herbeigebombte Regimewechsel in Libyen hat dazu geführt, dass das Land mit dem einst höchsten Lebensstandard in Afrika heute tief in einem Bürgerkrieg steckt und zu zerfallen droht. Negativfolgen für den Westen eingeschlossen, wie verstärkte Fluchtbewegungen in Richtung Europa.

Vier Beispiele aus den letzten 20 Jahren, die verdeutlichen: Die militärische Interventionspolitik der NATO oder einzelner ihrer Mitglieder ist völlig gescheitert (siehe auch die Sammelbände des Zentrums für Konfliktforschung, Becker 2008, 2010 und 2012).

Die Lage ist nicht viel besser nach den «kleinen» militärischen Einsätzen, ob Zentralafrika-

nische Republik, Somalia oder Mali. Es kann kurzzeitige Erfolge geben, eine langfristige Stabilisierung bringen Militäreinsätze in der Regel aber nicht (siehe dazu auch Jöst u. a. 2009). Im Gegenteil: Die Praxis ist der Beleg dafür, dass Militäreinsätze keine Probleme lösen, sondern sie in der Regel verschärfen.

Militäreinsätze sind auch nicht alternativlos, wie die Regierungspolitik zu vermitteln versucht. Um Kriege zu delegitimieren, bedarf es deshalb auch einer ständigen Auseinandersetzung mit der Darstellung von Kriegen und Konflikten sowie deren Folgen in den Medien.

#### 9.4 Feindbildentwicklung entgegenwirken

Zum Feindbildabbau gehört, wie Gustav Heinemann 1969 sagte (s. o.), als «neue Gewohnheit [...] einzuüben, einen Konflikt auch in den Augen des Gegners zu beurteilen» (Heinemann 1969). Davon sind wir heute wohl weiter entfernt als in den letzten 40 Jahren. Das alte Feindbild Kommunismus feiert Auferstehung im Feindbild «Russen». Als neues Feindbild ist der Islam dazugekommen. Eine Personalisierung – von Saddam Hussein über Gaddafi und Assad bis Putin – dient dazu, die Bevölkerung auf Krieg einzustimmen. Der soll aber möglichst nicht so heißen. Deshalb der oben angesprochene Missbrauch des Friedensbegriffs für Militäreinsätze (*peacekeeping*, *peace enforcement*), deshalb wird bei Bundeswehreinsetzungen von «Friedenseinsätzen» gesprochen, deshalb vermittelt man schon mal von BundeswehrsoldatInnen das Bild als EntwicklungshelferInnen. Die FriedensforscherInnen müssen nicht nur das hier produzierte Feindbild infrage stellen, zu einer kritischen Friedensforschung gehört auch ein kritischer Umgang mit der Sprache. Auch der eigenen.

#### 9.5 Zivile Konfliktbearbeitung stärken

MitarbeiterInnen zahlreicher Organisationen und Initiativen – allein 30 Organisationen arbeiten zusammen in der Plattform Zivile Kon-

fliktbearbeitung – begleiten Auslandseinsätze durch zivile Konfliktbearbeitung und Konfliktfolgenbearbeitung.

Die Friedensforschung muss ihren Beitrag dazu leisten, dass die positiven Ergebnisse dieser Arbeit stärker öffentlichkeitswirksam werden. Eine zivil-militärische Zusammenarbeit ist abzulehnen, da sie die Friedensfachkräfte im Konfliktfall grundsätzlich zur Konfliktpartei macht.

#### 9.6 Vorausdenken

Friedensforschung ist praxisorientiert. Dazu gehört die Bewegungsberatung nicht nur bei uns, sondern auch in den Konfliktgebieten. In der BRD waren die 1980er Jahre dafür ein herausragendes Beispiel; die Friedensbewegung holte sich ihr Fachwissen direkt aus der friedens- und sicherheitspolitischen Expertise und AktivistInnen der Friedensbewegung wurden selbst zu Experten.

Zur Friedensforschung gehört aber auch das «verminte Feld» Politikberatung. Die Friedensforschung darf diesen Bereich nicht umstandslos der Waffenindustrie und dem Militär überlassen.

Eine praxisorientierte Friedensforschung ist Voraussetzung, um Einfluss auf die tägliche Politik nehmen zu können. Gleichzeitig brauchen wir aber auch ein Denken über den Tag hinaus, ein Vorausdenken:

- Friedensforschung muss frühzeitig mögliche Konfliktursachen analysieren und Schritte zu ihrer zivilen Lösung thematisieren. Wenn «das Kind ist in den Brunnen gefallen ist» und alle schreien, jetzt müssen wir doch helfen, folgt fast zwangsläufig das Gerede von der sogenannten Alternativlosigkeit von Militäreinsätzen.
- Vorausdenken, das beinhaltet die Frage: Wie überwinden wir das Denken in militärischen Kategorien? Weg von der Sicherheitslogik hin zu einer Friedenslogik, in deren Mittelpunkt eine zivile Konfliktbearbeitung steht und die Strukturen schafft, «die auch in schweren Konflikten Rückgriffe auf mas-



sive direkte Gewalt unwahrscheinlich machen, weil Kooperation sich verdichtet, Fähigkeiten zum konstruktiven Konfliktaustrag institutionalisiert und Grundbedürfnisse zunehmend geachtet und befriedigt werden» (Birckenbach 2014).

- Nach den erfolgreichen internationalen Vereinbarungen zur Kontrolle und Beseitigung biologischer Waffen und Chemiewaffen sowie zum Landminenverbot gehören atomare Abrüstung, Weltraummilitarisierung, Kleinwaffen und Rüstungsexporte weiter in den Fokus. Hinzu kommt eine unbedingt notwendige Kritik an neuen Waffentechnologien (Robotisierung, Drohneneinsätze, Automatisierung des Schlachtfeldes). Gleichzeitig gilt es, auch über Wege zu einer umfassenden Abrüstung und Schritte in Richtung einer Entmilitarisierung stärker nachzudenken.
- Die Friedensforschung darf die Utopie von einer Welt ohne Krieg nicht aus dem Blick verlieren, das heißt, es geht um die Diskussion des systembedingten Gewalt- und Aggressionspotenzials, es geht um notwendige gesellschaftliche Veränderungen als Voraussetzung für einen dauerhaften stabilen Frieden.

## 10 Schlussbemerkung

Dieter Senghaas schreibt in seiner «Bilanz eines halben Jahrhunderts Friedensforschung»: «Offensichtlich gilt auch hier: Alles hat seine Zeit – eine Zeit der konventionellen und eine der kritischen Friedensforschung, eine Zeit der Kriegsursachen- und eine der Friedensursachenforschung, eine der Fokussierung auf Gewaltanalyse oder eine der Konfliktlösung, eine der Ausrichtung auf wissenschaftliche Analyse oder eine der politischen Praxis. Solche unterschiedlichen Perspektiven können das Ergebnis wissenschaftsimmanenter Entwicklungen, aber auch das Ergebnis eines Generationenwechsels sein. Aber natürlich reflektieren die unterschiedlichen Perspektiven

der Wissenschaft stets auch – und im Bereich der Friedensforschung vielleicht ganz besonders – Veränderungen im realpolitischen Umfeld.» (Senghaas 2010: 85)

Ein kritischeres realpolitisches Umfeld als Voraussetzung für eine «kritische Friedensforschung»? Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt seit Jahren kontinuierlich Militäreinsätze in Krisengebieten ab. Auch wenn sich das nicht auf der Straße dokumentiert, ist das eine Basis. Es gibt nach wie vor zahlreiche Aktive in Friedensinitiativen und christlichen Friedensgruppen. An den Universitäten entsteht mit den Initiativen für eine «Zivilklausele» neue Bewegung. Das ist keine Massenbewegung, aber für eine Veränderung des «realpolitischen Umfelds» können sie genauso ihren Beitrag leisten wie PolitikerInnen, die Krieg als Lösung der Probleme grundsätzlich und konsequent ablehnen. Und schließlich ist hier die Friedensforschung auch selbst gefragt. Sie kann durch eine kritischere, deutlicher die gesellschaftlichen und machtpolitischen Hintergründe der Kriege und Konflikte beleuchtende Forschung selbst einen wichtigen Beitrag leisten zur Veränderung des realpolitischen Umfelds.

## Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich (1991):** Entmilitarisierung Europas – Aufgabe für eine interdisziplinäre Friedenswissenschaft, in: Battke 1991.
- Battke, Kathleen/Hauswedell, Corinna/Lammers, Christiane (Hrsg.) (1991):** Frieden gestalten nach dem Kalten Krieg. Neue Projekte der Friedenswissenschaft, Bonn.
- Baumann, Marcel. C./Birckenbach, Hanne-Margret/Brandes, Volker/Dietrich, Sandra/Gundermann, Ulrich/Suhr, Elke (Hrsg.) (2009):** Friedensforschung und Praxis – Ermunterung zur Arbeit an der Utopie, Frankfurt am Main.
- Becker, Johannes M./Wulf, Herbert (Hrsg.) (2008):** Zerstörer Irak – Zukunft des Irak? – Der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns, Münster.

- Becker, Johannes M./Wulf, Herbert (Hrsg.) (2010):** Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse, Münster.
- Becker, Johannes M./Sommer, Gert (Hrsg.) (2012):** Der Libyen-Krieg – Das Öl und die «Verantwortung» zu schützen, Münster.
- Benjowski, Klaus/Schmidt, Max (1991):** DDR Friedensforschung im Wandel, in: Was-muth, Ulrike 1991, S. 211–222.
- Birckenbach, Hanne-Margret (2014):** Friedenslogik und friedenslogische Politik, in: Wissenschaft und Frieden, Dossier 75, S. 3–4, Bonn.
- Bonacker, Thorsten (2015):** Im Studium Frieden und Konflikte erforschen, in: Philipp, Studentisches Magazin um Stadt und Uni Marburg, 8.7.2015.
- Borchardt, Ulricke/Dörfler-Dierken, Angelika/Spitzer, Hartwig (2014):** Friedensbildung – das Hamburger interdisziplinäre Modell, Göttingen.
- Bricke, Dieter (2003):** Das Human Security-Konzept, in: Wissenschaft und Frieden 2/2003, Bonn, S. 70–72.
- Chojnacki, Sven/Namberger, Fabian (2014):** Die «neuen Kriege» im Spiegel postkolonialer Theorien und kritischer Friedensforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFko) 2/2014.
- Crome, Erhard/Kleinwächter, Lutz (Hrsg.) (2014):** Neues Denken in der DDR – Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren, Potsdam.
- Crome, Erhard (2014):** Vorwort zu Crome/Kleinwächter 2014, S. 7–10.
- DGFK (1983):** Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Dokumentation zur Tätigkeit der DGFK 1970–1983, Bonn.
- FEST (2014):** Jahresbericht 2013, Heidelberg.
- Galtung, Johan (1975):** Strukturelle Gewalt, Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg.
- Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.) (2011):** Handbuch Frieden, Wiesbaden.
- Hauswedell, Corinna (1987):** Die Experten-kartei – Beiträge der Wissenschaft zu Frieden und Abrüstung, Bonn.
- Hauswedell, Corinna (1990):** Friedensforschung und Friedenswissenschaft an den Hochschulen. Neue Entwicklungstendenzen und Perspektiven, Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, Bonn.
- Hauswedell, Corinna (1997):** Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Baden-Baden.
- Hauswedell, Corinna/Koppe, Karlheinz (Red.) (1992):** Friedenssicherung in den 90er Jahren – Neue Herausforderungen an die Wissenschaft, Bonn.
- Hauswedell, Corinna (2014):** Mit Sicherheit mehr Verantwortung? In: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2014, S. 60–67.
- Heinemann, Gustav W. (1969):** Einen neuen Anfang setzen. Ansprache zum 30. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges, übertragen über die öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender, in: ders. (1977): Präsidiale Reden, Frankfurt am Main.
- Held, Thomas (2005):** Die Förderung von Masterstudiengängen durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung, in: Wissenschaft und Frieden, Dossier 48, Bonn, S. 6 ff.
- HSFK/FEST/IFSH (1987):** Friedensgutachten, Frankfurt am Main.
- IFSH (2015):** Kommission «Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr» am ISFH. Positionspapier «Ost-West-Beziehungen: Vertrauensbildung ist notwendig», Hamburg, unter: [www.wie-krieg-ich-Frieden.de/fileadmin/mcs/friedenwie/Flyer\\_pdf/IFSH\\_Positionspapier\\_Europaeische\\_Sicherheit\\_und\\_Zukunft\\_der\\_Bun.pdf](http://www.wie-krieg-ich-Frieden.de/fileadmin/mcs/friedenwie/Flyer_pdf/IFSH_Positionspapier_Europaeische_Sicherheit_und_Zukunft_der_Bun.pdf).
- Jöst, Lena/Ruf, Werner/Strutynski, Peter/Zollet, Nadine (2009):** Krisenlösung durch Intervention? Wissenschaft und Frieden, Dossier 60, Bonn.

- Kaiser, Karl (1970):** Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen.
- Kaldor, Mary (1999):** *New and Old Wars, Organized Violence in a Global Era*, Cambridge.
- Kollatz, Udo (2014): *Mathematische Intelligenz*. In: Karlheinz Koppe – Ein europäischer Pazifist 1929–2014. GSI-Schriften Nr. 13. Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, S. 13–15.
- Koppe, Karlheinz (2004):** *Dreimal getauft und Mensch geblieben*. Katrin Rohnstock Medienbüro, Berlin.
- Krippendorff, Ekkehart (1970):** *Friedensforschung*, 2. Auflage, Köln/Berlin.
- Krysmanski, Hans-Jürgen (1971):** *Soziologie des Konflikts*, Reinbek bei Hamburg, S. 207.
- Lammers, Christiane/Battke, Kathleen/Hauswedell, Corinna (Red.) (1993):** *Handbuch Friedenswissenschaften – ExpertInnen, Institutionen, Hochschulangebote, Literatur*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Marburg.
- Lammers, Christiane (2005):** *Quo vadis DSF – Zu den Schwierigkeiten der Forschungsförderung in Sachen Frieden*. Die langjährige stellv. Vorsitzende der DSF im Interview mit Jürgen Nieth, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2005, S. 38–40, Bonn.
- Lipp, Karlheinz/Lütgemeier-Davin, Reinhold/Nehring, Holger (Hrsg.) (2010):** *Frieden und Friedensbewegungen in Deutschland 1982–1992, Frieden und Krieg – Beiträge zur Historischen Friedensforschung*, Band 16, Essen.
- Mehl, Regine (2005):** *Frieden lehren*, in: *Wissenschaft und Frieden*, Dossier 48, Bonn, S. 3.
- Müller, Harald (2010): *Krieg in Sicht? Das iranische Nuklearprogramm und das Sicherheitsdilemma Israels*, HSFK-Standpunkte 2/2010.
- Münkler, Herfried (2002):** *Die neuen Kriege*, Berlin.
- Obenland, Wolfgang/Pingeot, Lou (2014):** *In whose name? A critical view on the Responsibility to protect*, Global Policy Forum und Rosa Luxemburg Stiftung – New York, gekürzte deutsche Fassung in: *Wissenschaft und Frieden*, Dossier 76, Bonn.
- Reusch, Jürgen (1986):** *Friedensforschung in der Bundesrepublik, Entwicklung, Positionen, Perspektiven*, IMSF-Informationsbericht Nr. 40, Frankfurt am Main.
- Romberg, Walter (1983):** *Lutherische Welt-Information* 49/1983, hier zitiert nach Crome/Kleinwächter 2014, S. 236.
- Ruf, Werner (2009):** *Quo vadis Friedensforschung*, in: Baumann 2009, S. 42–56.
- Ruf, Werner (2014):** *Vom Ende der kritischen Friedensforschung*, in: *LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 3/2014, S. 120–123.
- Scheler, Wolfgang (2015):** *Das Wirken der Studiengemeinschaft für einen Frieden in gemeinsamer Sicherheit*, in: *DSS-Arbeitspapiere* 115, S. 6–91.
- Schwarz, Wolfgang (2014):** *Neues sicherheitspolitisches Denken in der DDR (1980–1990)*, in: Crome/Kleinwächter 2014.
- Senghaas, Dieter (1971):** *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter (2010):** *Der Frieden und seine Erforschung – Bilanz eines halben Jahrhunderts Friedensforschung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2010, S. 85–94.
- Sielschott, Stefan (2010):** *Friedenswissenschaftliche Lehre im Wandel: Aus der Nische in den Boom? CCS working papers*, Universität Marburg.
- Strutynski, Peter (2002):** *Friedens- und Konfliktforschung politisieren*, in: *Wissenschaft und Frieden*, 2/2002, S. 52–55.
- Wasmuht, Ulrike (Hrsg.) (1991):** *Friedensforschung – Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft*, Darmstadt.
- Wulf, Herbert (1996):** *Konversion ein weites Arbeitsfeld*, der Direktor des BICC im Interview mit Jürgen Nieth, in: *Wissenschaft und Frieden* 1/1996, S. 47–49.
- Wulf, Herbert (2011):** *Frieden und Politikberatung*, in: Gießmann 2011, S. 495–502.

Herbert Wulf

## ZUR STUDIE VON JÜRGEN NIETH «FRIEDENSFORSCHUNG IN DER BRD - ENTWICKLUNGEN, ERGEBNISSE, DESIDERATE»

Die Studie bietet eine gute Übersicht über die Entwicklung der Friedensforschung in Deutschland seit ihrer Gründung in den 1960er Jahren und zu ihren Vorläufern: Die damaligen weltpolitischen Rahmenbedingungen werden knapp skizziert, insbesondere die Anfänge der Friedensforschung, die heute nicht unbedingt geläufig sind, werden gut dargestellt, ebenso die politischen Strukturen, die sich in der institutionalisierten Friedensforschung (Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung) niederschlugen. Auch die spätere Ausweitung auf die Lehre mit der Gründung diverser Masterstudiengänge wird umrissen. Die Studie ist im Wesentlichen chronologisch aufgebaut und der Entwicklungsgang gut nachvollziehbar. Im Schlussteil der Studie werden Schwerpunkte für künftige Forschung aufgezeigt.

### Vorschläge zur Veränderung/ Ergänzung

Titel und Untertitel der Studie treffen mit den drei Begriffen «Entwicklungen, Ergebnisse, Desiderate» den Kern der Aussagen zumeist, aber nicht genau. Die Entwicklungen der Friedensforschung sind sehr gut dargestellt; die Ergebnisse könnten für den Zeitraum der 1990er Jahre ausführlicher sein. Schließlich wäre es sinnvoller, statt im Titel «Desiderate» anzuzeigen, die Perspektiven der Friedensforschung darzulegen, was ja hinsichtlich möglicher inhaltlicher Schwerpunkte der Friedensforschung im Schlussteil der Studie auch getan wird.

Der Zweck der Studie könnte noch klarer formuliert werden. Wer sind die Leser, an

wen richtet sich die Studie – an die allgemeine Öffentlichkeit, an die politische Klasse in Deutschland, an die Forschungsfachöffentlichkeit, an die Friedensbewegung?

Die in der Studie präsentierten Ergebnisse der Friedensforschung treffen für bestimmte Zeiträume zu. So wird beispielsweise die Arbeit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) während der Gründungsphase ausführlich behandelt, ebenso der heutige Schwerpunkt «Just Peace Governance». Die Wandlung der HSFK hin zu einem in der Wissenschaftslandschaft Deutschlands fest verankerten Institut (Leibniz-Institut), das erhebliche finanziellen Mittel vom Bund und dem Land Hessen erhält, wird jedoch nicht erwähnt. In dieser Phase legte das Institut seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Analyse des «Demokratischen Friedens» – man ging der Frage nach, ob und gegebenenfalls warum demokratische Strukturen und Institutionen weniger zu Kriegsführung neigen.

Ferner ist erwähnenswert, dass sich die Arbeit der Friedensforschungsinstitute in den letzten beiden Jahrzehnten stark internationalisiert hat, und zwar sowohl hinsichtlich international orientierter Forschungs- und Beratungsprojekte (zur Unterstützung von/und in Kooperation mit UNO, EU, OSZE, ausländischen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie Nichtregierungsorganisationen) als auch durch eine Einbettung der Forschungsarbeiten innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen. Die deutsche Friedensforschung hat hier durchaus einen Einfluss auf internationale Diskurse gehabt, so beispielsweise um die Diskussion des demokratischen

Friedens bzw. des *liberal peace* – eine Diskussion, die sich insbesondere in englischsprachigen Zeitschriften niederschlug.

In der Studie werden die Konflikte zwischen traditioneller und kritischer Friedensforschung beschrieben und später wird der «Niedergang» der kritischen Friedensforschung beklagt. Während dieser Phase, die als Niedergang bezeichnet wird, wurden aber in der Friedensforschung zweifelsohne interessante und gesellschaftlich relevante Forschungsprojekte durchgeführt, so beispielsweise die Beschäftigung mit Konfliktmediation und Konflikttransformation, die Fortsetzung der kritischen Arbeiten zum Rüstungsexport, Analysen zu Kriegsursachen, die Beschäftigung mit Konversion oder auch die Stellungnahmen zum Kosovokrieg. Man kann diese Phase auch positiver sehen, als dies in der Studie mit der Charakterisierung «Niedergang» geschieht: Es waren noch nie zuvor für die Friedensforschung so viele Türen in Ministerien offen. Der Rat der Friedensforschung war in der Berliner Politik gefragt. Ob die dann gegebenen Ratschläge auch genutzt haben oder angenommen wurden, ist eine andere Frage. Hier zeigten sich oftmals die Grenzen der Beratungsmöglichkeiten der Friedensforschung. Interessanterweise verliefen in dieser Phase die Konfliktlinien innerhalb der Friedensforschung nicht zwischen kritischer und traditioneller Friedensforschung, sondern an der Beurteilung des Kosovokrieges zeigte sich: Die Gegner des völkerrechtswidrigen Krieges und die Befürworter einer Intervention zum Schutze der Menschen standen sich in der Friedensforschung (wie in der gesamten Gesellschaft) in zwei Lagern unversöhnlich gegenüber. Die Einstufung von «Bellizisten» und «Pazifisten» machte in der Friedensforschung die Runde.

Der Kritik in der Studie ist zweifellos zuzustimmen, dass Konfliktursachen vielfach nicht ausreichend analysiert und aufgezeigt werden, um auf dieser Basis dann möglicherweise Vorschläge für Konfliktlösungen machen

zu können. Dies ist zweifellos ein Manko der Friedensforschung, das auch heute noch angemahnt werden kann und muss. Weniger problematisch scheint mir die Verwendung der bei den Vereinten Nationen anerkannten und häufig genutzten Fachbegriffe wie *peacekeeping* und *peace enforcement*.

Einige Aspekte hätten in der Studie möglicherweise ausführlicher behandelt werden können:

*Erstens:* Die Diskurse und Kontroversen um den Begriff «Neue Kriege», die in der Studie erwähnt werden: Die Kritik, dass es sich nicht um etwas Neues handelt, kam gerade aus der Friedensforschung selbst. Die hier aufgeführten Protagonisten (Münkler und Kaldor) können allerdings nicht problemlos der Friedensforschung zugerechnet werden (und Münkler würde dies vermutlich selbst auch nicht tun).

*Zweitens:* Das Konzept der *human security* bzw. *responsibility to protect* (R2P): Die Kontroversen hierzu wirken bis heute nachhaltig. Positiv an diesem Konzept ist, dass erstmals menschliche Sicherheit und nicht die Sicherheit von Ländern oder Allianzen in den Mittelpunkt gestellt wird. Problematisch ist die «Versicherheitlichung», die mit der Ausweitung des Konzeptes einhergeht. Alles wird zum Sicherheitsproblem (Ölversorgung, Klimawandel, Flüchtlinge) und das Militär betreibt *mission creep* und bietet sich als Problemlöser an oder wird dazu missbraucht. Außerdem wird R2P manipulativ eingesetzt, um militärisch zu intervenieren und geopolitische Interessen durchzusetzen. Das Positive an diesem Konzept, aber auch dessen Missbrauch werden zu knapp dargestellt.

*Drittens:* Die Friedensforschung in der DDR ist mit den wenigen Absätzen zu knapp dargestellt (und sollte in einem separaten Beitrag Niederschlag finden).<sup>1</sup>

### **Künftige Aufgaben der Friedensforschung**

Der Autor zählt sechs Schwerpunkte auf: den militärisch-industriellen Komplex in den Fo-

kus nehmen, historische und geopolitische Kriegshintergründe analysieren, Kriege delegitimieren, Feindbildentwicklung entgegenwirken, zivile Konfliktbearbeitung stärken, Vorausdenken.

Hiermit werden sehr unterschiedliche Ebenen angesprochen – zum Teil sind dies vornehmlich wissenschaftliche Aufgaben, zum Teil sind es praktische Empfehlungen, bestimmte gesellschaftlich relevante Aufgaben wahrzunehmen, als Wissenschaft, im politischen Beratungsprozess oder in Kooperation mit der Friedensbewegung.

Die Funktionen des militärisch-industriellen Komplexes sind wissenschaftlich intensiv bearbeitet worden und sattsam bekannt; hier kommt es eher auf politischen Widerstand als auf neue oder tiefer gehende Forschung an. Angesichts der jüngsten Entwicklung der Kriege und Konflikte, vor allem im Nahen und Mittleren Osten, ist es zweifellos empfehlenswert, in der Forschung historische und geopolitische Faktoren stärker in den Fokus zu nehmen. Kriege zu delegitimieren ist sicherlich eine notwendige Aufgabe. Das Scheitern der sogenannten Realpolitik in Afghanistan, Irak, Libyen, Somalia, Syrien etc. ist ebenfalls bekannt. Doch wie sollen diese Kriege delegitimiert werden? Das Scheitern dieser Politik ist offensichtlich. Konkret: Was ist zu tun? Was empfiehlt die Friedensforschung anstelle der militärischen Interventionen?

Zusätzlich zu den aufgeführten sechs Schwerpunkten sollten möglicherweise folgende Aspekte hinzugefügt werden.

*Erstens:* Arbeiten zur Zukunft des staatlichen Gewaltmonopols. Das staatliche Gewaltmonopol, so wie es sich in mehr als drei Jahrhunderten vor allem in Europa herausgebildet hat und als Norm global anerkannt ist, mit Polizei und Justiz für die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit im Inneren und Streitkräften für die Abwehr gegen Aggressionen von außen, ist heute aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen infrage gestellt. Die Globalisierung

macht nationale Grenzen durchlässig, auch für organisierte Kriminalität; das neoliberale Projekt mit der Zurückdrängung des Staates macht auch vor dem Sicherheitssektor nicht Halt und fördert die Tendenz zur Privatisierung von Sicherheit (Sicherheitsdienste, private Militärfirmen, Milizen und Rebellen); der internationale Terrorismus stellt eine neue Herausforderung dar. Das nationalstaatlich orientierte Gewaltmonopol und die Vereinten Nationen (als oberstes Organ für Frieden und Sicherheit in der Welt) sind auf diese Herausforderungen nicht adäquat vorbereitet. Es gilt also über neue Formen der Gewährleistung von Sicherheit zu forschen und Vorschläge zur Reform des Gewaltmonopols zu erarbeiten.

*Zweitens* sollte die Bedeutung von Religionen für die Legitimierung von Kriegen stärker in den Fokus genommen werden. Die Ursachen für Kriege (Libyen, Irak, Afghanistan, Syrien, Jemen usw.) sind meist sehr vielfältig. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass Religion oder Gegensätze zwischen Glaubensrichtungen (Sunna – Schia, Islam – Judentum, Islam – Christentum) zum Anlass genommen werden, Kriege zu führen, wirtschaftliche oder geopolitische Interessen durchzusetzen oder Terrorakte zu verüben.

*Drittens* die Entwicklung von Waffentechnologien, die in der Studie erwähnt wird, sollte einen Fokus in der Friedensforschung bilden, um deren Folgen für Kriege und für das Völkerrecht (Drohnen, Automatisierung des Schlachtfeldes) rechtzeitig zu erkennen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden die Art der Drohung, Kriegsführung und gewaltsamen Auseinandersetzung auf fundamentale Weise verändern.

13. Januar 2016

<sup>1</sup> Autor und Herausgeber haben diesen Hinweis gern aufgenommen: siehe den Beitrag von Wilfried Schreiber «Friedensforschung in der DDR (Kurzstudie)» in diesem Band.

Werner Ruf

## **KOMMENTAR ZUR STUDIE VON JÜRGEN NIETH «FRIEDENSFORSCHUNG IN DER BRD - ENTWICKLUNGEN, ERGEBNISSE UND DESIDERATE»**

### **Ergebnisse**

Jürgen Nieth liefert in seiner Studie einen sehr guten und klar strukturierten Überblick über die Entwicklung der Friedensforschung in der BRD seit den 1950er Jahren. Einen ersten Schwerpunkt der Studie bildet die Konstituierung der «kritischen Friedensforschung» zu Beginn der 1970er Jahre und ihre Auseinandersetzung mit der «traditionellen» Friedensforschung. Der Autor unterstreicht zwei wichtige, zeitlich weitgehend zusammenfallende und wohl nicht ganz voneinander unabhängige Zäsuren: Das Ende der Bipolarität und das Ende der engen Zusammenarbeit zwischen der Friedensbewegung und der kritischen Friedensforschung.

Deutlich wird in der Arbeit außerdem – gewissermaßen als Hintergrundfolie – die allgemeine Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen in den zwei letzten Jahrzehnten, die geprägt sind vom Ausscheiden einer Generationen von (kritischen) Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen im Allgemeinen und die Streichung einer Vielzahl von Professuren sowie die Neubesetzung der verbliebenen Stellen einem neuen Mainstream gemäß. Zeitgleich veränderte sich der Diskurs – insbesondere in den Politikwissenschaften – weg von einer gesellschaftskritischen Fundierung zur Übernahme des Begriffs der «Versicher-

heitlichung», der einerseits die Gesamtheit gesellschaftswissenschaftlicher Themen mit Fragen der «Sicherheit» in Verbindung bringt (menschliche Sicherheit, Energiesicherheit, Wassersicherheit, Ernährungssicherheit etc.) und andererseits dadurch die Frage von Krieg und Frieden in den Hintergrund schiebt. So leitet dieser Paradigmenwechsel über in eine segmentierte Beschäftigung mit – oft gut gemeinten, aber weitgehend entpolitisierten – Fragestellungen der zivilen Konfliktbearbeitung hin zur zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Der Trend zur Einbettung der Friedensforschung in eine in der Tendenz entpolitisierte Friedensforschung wurde verstärkt durch die Durchsetzung neoliberaler Prinzipien in Forschung und Lehre, die sich aus dem Zwang zur Drittmittelfinanzierung von Forschung ergeben. Dies wirkte sich vor allem auf die institutionalisierte Friedensforschung aus, weil die Friedensforschungsinstitute in der Regel «An-Institute» waren und sind, also überall dort, wo sie mit Universitäten verbunden sind, nicht am (immer schmaler werdenden) Universitätsbudget partizipieren, sondern auf dem Drittmittelmarkt projektgebundene Finanzierungen einwerben müssen. Mehr oder weniger stark gerieten sie so in den Sog der Auftragsforschung, denn neben Förderorga-

---

**Der Trend zur Einbettung der Friedensforschung in eine in der Tendenz entpolitisierte Friedensforschung wurde verstärkt durch die Durchsetzung neoliberaler Prinzipien in Forschung und Lehre, die sich aus dem Zwang zur Drittmittelfinanzierung von Forschung ergeben.**



nisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) können Mittel auch vom Auswärtigen Amt (AA), vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oder vom Bundesverteidigungsministerium (BMVg) eingeworben werden. Das in den Schlussbemerkungen aufgeführte Zitat von Dieter Senghaas, dass «Perspektiven der Wissenschaft stets auch [...] Veränderungen im realpolitischen Umfeld [reflektieren]», gewinnt so eine Bedeutung, die der Autor – einst selbst herausragender Vertreter der «kritischen Friedensforschung» – vielleicht so gar nicht gemeint hat.

In Kapitel 9 entwickelt Jürgen Nieth eine Reihe von Frage- und Aufgabenstellungen, die unter der Maxime «Friedensforschung als Zukunftsforschung» Prioritäten für die zukünftige Friedensforschung setzen und damit der Disziplin wieder ein eigenes, gesellschaftlich relevantes Profil geben könnten. Dieser Teil lässt sich auch als «Empfehlung» lesen: Dort, wo linke Politik Einfluss nehmen kann auf die Orientierung von Forschung und Lehre wie auf die Ausgestaltung der Hochschulstrukturen, sollten diese richtungsweisenden Überlegungen zur Kenntnis genommen und gestalterisch aufgegriffen werden.

### **Kritik und Diskussion**

Die Behandlung der Friedensforschungsinstitute erfolgt im Text eher nach chronologischen Gesichtspunkten. Der Übersichtlichkeit halber fände ich es sinnvoller, wenn alle Institute – möglichst nach einem Raster gemeinsamer Kriterien nacheinander und möglichst in einem Kasten – dargestellt würden.

Jürgen Nieth hat eine gute Basis geliefert für weitere Debatten und vor allem für weitere Forschung. Deshalb sollte die Arbeit publiziert werden. Das heißt nicht, dass das Thema damit abgeschlossen wäre, denn, und dies zeigte sich vor allem in der Diskussion: Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Trans-

formation der Friedensforschung in Richtung auf eine segmentierte und letztlich funktionale Teildisziplin zeigt, wie die gesellschaftliche Hegemonie die Entwicklung der Disziplin verändert hat, stehen doch heute nicht mehr Fragen nach Herrschaft und Interesse im Vordergrund, sondern Zulieferungen an die herrschenden Verhältnisse und ihren Diskurs, wie sie in den Begriffen *peacekeeping*, *peace enforcement* oder «robustes» *peacekeeping* zum Ausdruck kommen, deren funktionaler Umsetzung sich Teile der institutionalisierten Friedensforschung verpflichtet fühlen.

Die Diskussion der Studie brachte zwei weitere Aspekte zutage, die hier – weil perspektivisch von Wichtigkeit – genannt werden sollen:

- Jürgen Nieth hatte in der Studie ein kurzes Kapitel über Friedensforschung in der DDR geschrieben, das von Teilnehmern, die in der DDR gelebt und gearbeitet hatten, kritisiert wurde. Sie verwiesen darauf, dass – wenn auch nicht unter dem Begriff «Friedensforschung» – in der DDR mehr geleistet worden ist, als im Westen wahrgenommen wurde. Dieses Defizit, das auch der herrschenden Geschichtsbetrachtung aus BRD-Perspektive geschuldet ist, sollte ggf. durch eine eigene Studie behoben werden.<sup>1</sup>
- Um kritischer und vor allem unabhängiger Friedensforschung wieder eine Basis zu verschaffen, wurde angeregt, dass dort, wo in den Bundesländern DIE LINKE Gestaltungsmacht hat, an mindestens einer Universität ein Lehrstuhl für Friedensforschung eingerichtet werden sollte, der als Teil der Hochschule nicht oder weniger unter den Zwängen der An-Institute stünde.

3. Dezember 2015

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Wilfried Schreiber «Friedensforschung in der DDR (Kurzstudie)» in diesem Band.

Wilfried Schreiber

## FRIEDENSFORSCHUNG IN DER DDR (KURZSTUDIE)

### 1 Institutionelle Grundlagen der Friedensforschung in der DDR

Die in der DDR betriebene Friedensforschung ist in ihrer Struktur und Entwicklung nicht mit der Friedensforschung der Bundesrepublik vergleichbar. Erst in den 1980er Jahren vollzog sich eine zunehmende Annäherung ihrer inhaltlichen Orientierungen. Die Problematik der Erhaltung und Sicherung des Friedens spielte im System der Sozialwissenschaften der DDR von Anfang an eine zentrale Rolle und war weitgehend in die verschiedenen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachdisziplinen eingebettet. Der Begriff der «Friedensforschung» wurde nur sehr zögerlich aufgegriffen. Festen Eingang in das System der Sozialwissenschaften der DDR fand er erst ab Anfang der 1980er Jahre im Rahmen kritischer Auseinandersetzungen mit der «bürgerlichen Friedensforschung».

Träger aller wissenschaftlichen Untersuchungen zur Friedensproblematik waren über den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR hinweg fast ausschließlich staatliche bzw. staatsnahe Institutionen.<sup>1</sup> Damit war von vornherein eine enge Bindung an die Politik und an die Partei (SED) gegeben – sowohl im Sinne der Apologetik als auch im Sinne echter Politikberatung. In diesem Spannungsfeld bewegten sich alle Sozialwissenschaften, was sich auch in einer wechsel- und widerspruchsvollen Rolle der Parteiführung zu den Inhalten und Institutionen der «Friedenswissenschaft» zeigte. Theoretisch und politisch bedeutsame Forschungsergebnisse gab es vor allem in den 1980er Jahren im Prozess der Herausbildung eines neuen sicherheitspolitischen Denkens in der DDR.<sup>2</sup> Zu den wichtigs-

ten wissenschaftlichen Einrichtungen in diesem Sinne gehörten:

- die Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), insbesondere mit den Instituten für Geschichte (seit Gründung) und für Wirtschaftswissenschaften, ab Ende der 1970er Jahre auch durch die Zentralinstitute für Philosophie und für verschiedene Naturwissenschaften;
- die Akademie (bis 1976 Institut) für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (AfG) in Berlin;
- das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin;
- die Militärakademie Friedrich Engels (MAFE) in Dresden;
- das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg.

Seitens der Hochschulforschung erbrachten substanzielle wissenschaftliche Leistungen etwa seit Mitte der 1970er Jahre insbesondere die Humboldt-Universität zu Berlin, die Karl-Marx-Universität Leipzig, die Technische Universität Dresden, die Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Über den Zentralen Forschungsplan des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen waren faktisch alle Universitäten und Hochschulen der DDR in die sich entwickelnde Forschung zur Friedensfrage eingebunden. Die reale Forschungstätigkeit blieb jedoch weitgehend Einzelinitiativen überlassen.

Unter dem Eindruck einer flexibleren Außen- und Sicherheitspolitik der SED-Führung sowie des sich entwickelnden neuen sicherheitspolitischen Denkens in Wissenschaft

und Politik kam es etwa ab Mitte der 1980er Jahre zu speziellen disziplinären und interdisziplinären Zusammenschlüssen an verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen, die sich mit den neuen Erfordernissen der Friedenssicherung befassten. Höhepunkt dieser Entwicklung war im Oktober 1987 die Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung der DDR (WRFF) als führende Institution und Dachorganisation diverser Forschungseinrichtungen der Friedensforschung.<sup>3</sup> Vorsitzender des Rates wurde der Direktor des Instituts für Politik und Wirtschaft der DDR, Prof. Dr. Max Schmidt. Hauptaufgabe dieses Rates war die interdisziplinäre Koordinierung und Orientierung der unterschiedlichen Potenziale zur Friedensforschung im Sinne eines neuen Herangehens an die internationale Sicherheit, insbesondere zur Entwicklung praktischer Ideen für eine «Neugestaltung der Internationalen Beziehungen auf der Basis einer Politik der Vernunft und des Realismus».<sup>4</sup>

Eine Sonderrolle spielte das wissenschaftliche Potenzial der Evangelischen Kirche, das sich besonders um die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) konzentrierte. Der herausragende Wissenschaftler dieser Einrichtung war Walter Romberg,<sup>5</sup> der sich dort seit Ende der 1970er Jahre mit Arbeiten zur Friedensethik, Sicherheitspolitik und Abrüstung verdient gemacht hatte. Seine Arbeiten wurden in der DDR aber nur in begrenztem Umfang zur Kenntnis genommen.

## **2 Inhaltliche Fragen der Friedensforschung der DDR in ihrer Entwicklung**

Die Inhalte der Forschungen zur Friedensfrage in der DDR waren von Beginn an und durchgehend bis 1990 weitgehend vom Systemkonflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus geprägt. Im Prinzip ging es um die Frage,

wie im Kalten Krieg eine Eskalation der Konfrontation vermieden werden kann. Bei der Beantwortung dieser Frage vollzogen sich jedoch bedeutende Entwicklungen und Veränderungen.

Die Nachkriegszeit bis Ende der 1950er Jahre war dabei zunächst stark durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bestimmt. Im Vordergrund standen historio-graphische Fragen nach den Kriegsursachen und der besonderen Verantwortung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg. Mit der sich entwickelnden Blockkonfrontation dominierte zunächst die Begründung der militärischen Aufrüstung der DDR und der Notwendigkeit einer militärischen Überlegenheit der Länder des realen Sozialismus über die NATO das wissenschaftliche Denken zur Friedenssicherung.

Bis in die 1960er Jahre galt in der DDR als vorherrschende wissenschaftliche Meinung, dass der Kapitalismus gesetzmäßig zum Krieg führt, dass der Krieg in den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus verankert ist und Krieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus nur durch die soziale und militärische Überlegenheit des Sozialismus und der anderen Friedenskräfte verhindert werden kann. Die einzige Chance, einen Krieg zu verhindern, wurde zunächst in der militärischen Stärke des realen Sozialismus – also der Länder des Warschauer Vertrages – gesehen. Das Nachdenken über die ungeheuerlichen Folgen eines die Existenz der europäischen Zivilisation bedrohenden Kernwaffenkrieges begann etwa Mitte der 1960er Jahre (nach der «Kuba-Krise») und wurde durch den Helsinki-Prozess befördert. Die DDR und die Länder des realen Sozialismus machten dabei aber den Anspruch eines gesetzmäßigen Zusammenhangs von Sozialismus und Frieden geltend und sahen die Alleinschuld für die Gefährdung des Friedens in der Politik der NATO bzw. der Existenz des Kapitalismus schlechthin.

## 2.1 Neuer Analyseansatz: Stamokap-Theorie und Friedensfähigkeit des Kapitalismus

Eine realistische und konstruktive Friedensforschung erforderte jedoch die Überwindung vereinfachter Vorstellungen über den Kapitalismus. Insofern war von großer theoretischer als auch praktisch-politischer Bedeutung, dass sich etwa ab Anfang der 1960er Jahre mit der «Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus» bzw. der «Stamokap-Theorie» ein neuer Analyseansatz in der marxistischen Gesellschaftstheorie der europäischen Länder entwickelte, der das traditionelle marxistische Denken – insbesondere die «Lenin'sche Imperialismustheorie» – qualitativ weiterführte.

In der DDR waren die institutionellen Träger dieser Entwicklung zunächst in erster Linie das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften und das Institut (ab 1976 Akademie) für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Ab 1971 gehörte dazu auch das aus dem Deutschen Institut für Zeitgeschichte (DIZ) und dem Deutschen Wirtschaftsinstitut (DWI) neu gebildete Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW). In Verbindung mit zahlreichen Hochschulinstitutionen stand damit ein umfangreiches wissenschaftliches Potenzial zur Verfügung, das sich schwerpunktmäßig mit der Bundesrepublik Deutschland – und insbesondere auch mit der Friedensfrage – beschäftigte.

Im Nachhinein sind es vor allem zwei Kernaussagen der Stamokap-Theorie, die sich für die Friedensforschung und Politik als gesellschaftspolitisch besonders relevant erwiesen haben: Erstens war das die Einschätzung, dass der Kapitalismus keineswegs unmittelbar vor seinem Zusammenbruch und in einem Prozess der ständigen Verschärfung seiner allgemeinen Krise stehe, sondern über eine hohe Überlebens- und Anpassungsfähigkeit an seine neuen Existenzbedingungen verfüge. Zweitens war das die Erkenntnis von der prin-

zipiellen Friedensfähigkeit des Kapitalismus, die jedoch keineswegs mit prinzipieller Friedfertigkeit aller kapitalistischen Staaten gleichzusetzen sei. Beide Aussagen waren in der DDR lange Zeit bis zur höchsten politischen Ebene umstritten und setzten sich letztlich erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der Wissenschaft durch.

Hauptinhalt der Stamokap-Theorie war die Analyse des Mechanismus einer dauerhaften Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates in den kapitalistischen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesem Prozess wurde die aktive ökonomische Rolle des Staates zur Existenzbedingung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in allen seinen Phasen. Dabei wird dem kapitalistischen Staat durchaus eine relativ eigenständige Rolle zugebilligt, was auch auf Spielräume für alternative Politik sowie auf eine große Vielfalt und Differenziertheit der Erscheinungsformen des modernen Kapitalismus verweist. Die aktive ökonomische Rolle des Staates war sowohl Voraussetzung als auch Bestandteil des Übergangs vom Typ der vorwiegend extensiv erweiterten zum Typ der vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion. Diese vorrangige Entwicklung des Kapitalismus «in die Tiefe» eröffnete zugleich neue Möglichkeiten zur Expansion des Kapitals ohne eine Erweiterung des Produktionsfelds und weitgehend auch ohne die Anwendung oder Androhung außerökonomischer Gewalt. Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland beweist – insbesondere durch ihre Exportstärke – bis zur Gegenwart die Richtigkeit dieser theoretischen Analyse.

## 2.2 Krieg kann nicht mehr Fortsetzung der Politik sein

Ende der 1970er Jahre vollzog sich eine quantitative und qualitative Belebung der Friedensforschung in der DDR. Einerseits hatten sich infolge des Helsinki-Prozesses und der Schlussakte von 1975 neue Spielräume für

das politische und wissenschaftliche Denken in der DDR ergeben. Andererseits hatten die beiden Supermächte mit ihren Verbündeten Ende der 1970er Jahre beschlossen, in Mitteleuropa neue atomare Mittelstreckenwaffen zu stationieren, was für die beiden deutschen Staaten eine Zuspitzung der ohnehin bestehenden existenziellen Bedrohung bedeutete. Sozial- und Naturwissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen in Ost wie West setzten sich verstärkt mit den Folgen eines Nuklearkrieges für Europa auseinander. Und auch Politiker der SED-Führung begannen, die existenziellen Gefahren zu erkennen und zu artikulieren.

In dieser Situation kam den Wissenschaftlern des Lehrstuhls Philosophie der Militärakademie «Friedrich Engels» in Dresden eine besondere Rolle für die Friedensforschung zu. Sie beschäftigten sich dort als Militärs mit dem Themenkomplex Krieg-Frieden-Streitkräfte und begründeten in den Jahren 1982 bis 1984 in ersten Ansätzen eine neue Theorie des Krieges, des Friedens und der Streitkräfte. Dazu gehörte auch die völlig neue Einschätzung, dass unter den Bedingungen der atomaren Bedrohung nicht die militärische Überlegenheit des Sozialismus, sondern die militärische Parität der Antipoden friedenssichernd ist. Begründet wurde diese Neubewertung damit, dass der Atomkrieg nicht mehr Krieg im herkömmlichen Sinne ist. Da er die Dialektik von Zweck und Mittel sprengt, wäre er nicht mehr «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» (Clausewitz), sondern das Ende der Politik.

Von grundsätzlicher Bedeutung war aber ebenso die Erkenntnis der Militärphilosophen, dass sich mit dem Charakter eines möglichen Krieges im Atomzeitalter auch der Charakter des Friedens verändert. Krieg und Frieden waren erstmals in der Geschichte mit der Existenz der *gesamten* Menschheit verknüpft. Damit wurde Frieden zum lebenswichtigsten Menschheitsinteresse und oberstem Wert schlechthin. Der labile Frieden einer gegen-

seitigen Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen ist seitdem politisch infrage gestellt. Wesentlich war auch die Erkenntnis, dass in der Krieg-Frieden-Frage nicht der Gegensatz von bürgerlicher und sozialistischer Ideologie als Scheidelinie betrachtet werden darf, sondern der Gegensatz von Kriegsideologie und Friedensdenken. Herausgestellt wurden die geistigen Gemeinsamkeiten von sozialistischem und bürgerlichem Friedensdenken.

Mit ihrem neuen Theoriegebäude zu Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter hatten die Philosophen der Militärakademie wesentlich zur theoretischen Begründung einer Politik der friedlichen Koexistenz als einziger Alternative zum Menschheitstod beigetragen. Abrüstung und schrittweise Überwindung des Systems der konfrontativen Sicherheit sollten in einem langfristigen historischen Prozess zu einem System der gemeinsamen Sicherheit sowie zu einem kernwaffenfreien und letztlich unbewaffneten Frieden führen. Dieser Paradigmenwechsel im philosophischen Denken der DDR konnte sich aber erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre durchsetzen.

Dieses neue Theoriegebäude mit seinem Grundverständnis des Friedens als oberstes Menschheitsinteresse hat bis heute praktische Bedeutung für die Friedensbewegung, die nur als breitetes – alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten umfassendes – Bündnis wirkungsmächtig sein kann und jegliches Sektierertum verbietet.

### 2.3 Friedliche Koexistenz, Entspannungspolitik und gemeinsame Sicherheit

Ein qualitativer Sprung in der Friedensforschung der DDR vollzog sich etwa Mitte der 1980er Jahre, nachdem mit der Stationierung der neuen nuklearen Mittelstreckenwaffen in beiden deutschen Staaten die Welt in eine neue Phase des nuklearen Rüstungswettlaufs abzugleiten drohte. Sowohl für die Entspannung der internationalen Situation als

auch für die Friedensforschung der DDR war es ein gewaltiger Impuls, dass der gerade neu gewählte Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, im März 1985 ein neues außenpolitisches Denken in Ost und West forderte. Für jene Wissenschaftler, die mit ihrem Analyseansatz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und zu einem neuen philosophischen Denken über Krieg und Frieden den theoretischen Boden für ein solches Umdenken in der DDR bereitet hatten, war das ein bedeutender Auftrieb. Es eröffneten sich neue Spielräume für inhaltliche Fragen der Friedensforschung

---

**Dabei kam es zu einer Erweiterung des Verständnisses von Sicherheit, das weit über die militärischen Aspekte hinausging. Insofern gerieten auch Fragen der ökonomischen und ökologischen Sicherheit in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit. Letztlich mündeten diese Überlegungen in die Idee einer Entmilitarisierung der Sicherheit.**

und für einen regen Meinungs austausch von Wissenschaftlern aus Ost und West.

Von besonderer Bedeutung in dieser Zeit war die sich unter Friedensforschern der DDR entwickelnde Einsicht, dass die mit dem Helsinki-Prozess eingeleitete Politik der friedlichen Koexistenz nicht mehr als Politik des sozialistischen Systems gegen die Politik des Kalten Krieges des kapitalistischen Systems verstanden wurde, sondern als Form des real existenten Friedens zwischen beiden Systemen. Dieser lebensbewahrende Frieden beruhte auf dem existenziellen Interesse beider Seiten an Sicherheit. Positiv aufgegriffen wurde dabei die Idee Egon Bahrs, dass ein Sprung von der atomaren Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit notwendig ist. Hieraus ergab sich die Folgerung, dass die friedliche Koexistenz vom Niveau des Kalten Krieges auf das

Niveau der gemeinsamen Sicherheit gehoben werden muss und als Verständigungsfrieden gleichberechtigter Partner, nicht als Form des Klassenkampfes begriffen werden darf.

Zugleich zeigten sich auch bald erste praktische Schritte für eine «Politik der Vernunft und des Realismus» aufseiten des Ostens wie des Westens. Im Mai 1987 beschlossen die Staaten des Warschauer Vertrages eine neue Militärdoktrin, die die Bedrohungsperzeption des Westens berücksichtigte und den Übergang von einer offensiven zu einer defensiven Verteidigung markierte. Ende 1987 kam es auch

mit dem INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces, Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) zu einem ersten realen Abrüstungsvertrag. In dem Vertrag wurde festgelegt, dass beide Seiten weltweit sowohl ihre landgestützten Nuklearraketen mit kürzerer (500–1.000 km) und mittlerer Reichweite (1.000–5.500 km) als auch deren Abschussvorrichtungen und

Infrastruktur innerhalb von drei Jahren vernichten und keine neuen herstellen.

Zu den Schritten einer gemeinsamen «Politik der Vernunft und des Realismus» gehörte auch das SPD-SED-Papier «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit»<sup>6</sup> vom 27. August 1987. Es war aus einem mehrjährigen Dialog zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED hervorgegangen und damit auch Ausdruck und Ergebnis der Friedensforschung in der DDR. Gegenstand waren die großen ideologischen Streitfragen des Ost-West-Konflikts, die im Rahmen einer neuen Streitkultur definiert und diskutiert werden sollten. Dazu gehörte in erster Linie das Problem der gemeinsamen Sicherheit, wie es bereits die Palme-Kommission mit Egon Bahr entwickelt

hatte. Der potenzielle Gegner wird zum unentbehrlichen Partner der Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Abrüstung, Rüstungskontrolle, Entmilitarisierung des Denkens und Abbau der Feindbilder in Ost und West werden als Bedingung und Bestandteil dieser Sicherheit verstanden. Das setzte aber auch die wechselseitige Akzeptanz der Existenzberechtigung der anderen Seite, ihre Friedens- und Reformfähigkeit voraus. Zu diesen – hier nur angedeuteten – Fragestellungen und Problemen sollte eine neue Dialog- und Streitkultur entwickelt werden.

Das SPD-SED-Dokument löste innerhalb der SED heftige Diskussionen aus, was auch durch die widerspruchsvolle Haltung der Parteiführung zu dem Papier begünstigt wurde. Letztlich gingen von diesen Auseinandersetzungen starke Impulse für die weitere Friedensforschung aus. In den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion rückten insbesondere die Fragen nach der Ausgestaltung der Idee der gemeinsamen Sicherheit, denen sich vor allem das IPW und das IIB widmeten. Große Aufmerksamkeit erhielt dabei die Frage, wie die militärische Konfrontation und das hohe Niveau der nuklearen und konventionellen Abschreckung reduziert werden können. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Studien zu Fragen einer strategischen Angriffsunfähigkeit bzw. einer hinlänglichen oder gesicherten Verteidigung der beiden Militärblöcke und zu ähnlichen Fragestellungen. Gleichzeitig widmeten sich viele Wissenschaftler den inhaltlichen Problemen eines neuen gemeinsamen Sicherheitssystems in Europa. Dabei kam es zu einer Erweiterung des Verständnisses von Sicherheit, das weit über die militärischen Aspekte hinausging. Insofern gerieten auch Fragen der ökonomischen und ökologischen Sicherheit in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit. Letztlich mündeten diese Überlegungen in die Idee einer Entmilitarisierung der Sicherheit, für die die DDR nach dem Fall der Berliner Mauer ein Modell sein sollte.<sup>7</sup>

## 2.4 Fazit

Die Friedensforschung der DDR blieb in ihrer Wirksamkeit bei der praktischen Umsetzung ihrer Erkenntnisse begrenzt. Einerseits hatten Parteiführung und Regierung eher Angst vor neuen sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen als Interesse daran. Sie befürchteten vor allem Erkenntnisse, die die inneren Machtverhältnisse infrage stellen könnten. So wurden neue Aussagen und Schlussfolgerungen der Friedensforschung zum Teil nicht verstanden, verschwiegen oder auch bekämpft. Andererseits implodierten die DDR und der gesamte Realsozialismus gerade in dem Moment, als der Bedarf an wissenschaftlichen Erkenntnissen und auch die Möglichkeiten ihrer Umsetzung am größten waren. Dennoch brauchen sich die Friedensforscher der DDR – trotz mancher Irrungen und Illusionen – auch im Nachhinein nicht zu verstecken. Wie unter 2.1 und 2.2 vermerkt, leisteten Wissenschaftler der DDR einen wichtigen Beitrag zur Grundlagenforschung, der auch heute noch Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Friedensfrage sein sollte. Ihre volle Entfaltung erreichte die Friedensforschung der DDR allerdings erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – vor allem auch als angewandte Forschung –, indem sie viele kreative Beiträge zur Entwicklung einer neuen Entspannungspolitik leistete. Besonders im Dialog mit Friedensforschern der alten Bundesrepublik wurden in wechselseitiger Inspiration Ideen für den Aufbau einer neuen europäischen Friedensordnung entwickelt. Das gilt besonders für die enge Kooperation zwischen dem IPW und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) sowie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST) in Heidelberg. Darüber hinaus verbreiterte sich die Basis der internationalen Kontakte durch Mitgliedschaften des WRFF im Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI), im IFSH und im New Yorker Institut für Ost-West-Si-



cherheitsstudien. Friedensforscher der DDR nahmen in dieser Zeit auch an zahlreichen Konferenzen und Kolloquien in Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages teil.<sup>8</sup> In den letzten Jahren der DDR kam es auch zu stabilen Kooperationen zwischen einzelnen Universitäten und Hochschulen mit Institutionen der kritischen Friedensforschung in der Bundesrepublik und anderen Ländern. Für die innere wie äußere Arbeit des WRFF erwies es sich als ein großer Gewinn, dass auch der Sachverstand aktiver Militärs einbezogen werden konnte, die sich einem neuen sicherheitspolitischen Denken verpflichtet fühlten.

Höhepunkt der Friedensforschung und zugleich der Tätigkeit des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung der DDR war der Nationale Friedenskongress der Wissenschaftler der DDR Ende November 1988 in Berlin,<sup>9</sup> der unter anderem die Erkenntnis brachte, dass auch ein konventioneller Krieg in Zentraleuropa nicht mehr führbar und gewinnbar ist und die europäische Zivilisation in ihrem Bestand gefährden würde. Die letzten wissenschaftlichen Leistungen der Friedensforschung der DDR bezogen sich auf Fragen der friedlichen und planmäßigen Konversion des Bestandes der NVA an Personal, Technik und Immobilien.

Die Defizite der Friedensforschung der DDR bestehen vor allem darin, dass interne Konflikte und Fragen des inneren Friedens aus der wissenschaftlichen Arbeit ausgeklammert wurden. Die Wissenschaftler waren weitgehend befangen durch ihre Identifizierung mit der DDR und deren politischem System. Mit ihrem neuen Denken im Nuklearzeitalter und ihren wissenschaftlichen Ergebnissen stießen sie aber bereits an die Grenzen dieses Systems.

Als wissenschaftliches Vermächtnis und Vision der Friedensforscher dieser Zeit bleiben besonders die Aussagen zum Aufbau einer neuen europäischen Friedensordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und entmilitarisierten Sicherheit aller Staaten.

### **3 Ausgewählte bibliografische Angaben zu Publikationen der Friedensforschung in der DDR 1961 bis 1990**

Die nachfolgenden bibliografischen Angaben beruhen maßgeblich auf der Bibliografie «Friedensforschung in der DDR. Ergebnisse der achtziger Jahre», die 1988 gemeinsam von der Akademie der Wissenschaften der DDR, dem Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung und dem Zentralinstitut für gesellschaftswissenschaftliche Information der DDR herausgegeben wurde und 1.874 Einzeltitel enthält.<sup>10</sup> Die hier genannten Publikationen beziehen sich auf die Jahre ihrer Ersterscheinung und verweisen auf die thematischen Schwerpunkte, unter denen die Friedensfrage in der DDR untersucht wurde. Sie unterstreichen die im Abschnitt 2 gemachten Aussagen.

Die Ergebnisse der christlichen Friedensforschung sind in der Bibliografie «Friedensforschung in der DDR» nicht enthalten. Die entsprechenden Titel wurden in der Regel in der Reihe Fakten/Argumente des Union Verlages der DDR editiert.

#### **1961**

**Sozialismus und Frieden** (Hrsg. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; Matthäus Klein, Werner Mussler, Werner Mittenzwei, Otto Reinhold, Rudolf Thiele), Dietz Verlag, Berlin.

#### **1965**

**Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland** (Hrsg. Institut für Gesellschaftswissenschaften bei ZK der SED; Horst Hemberger, Lutz Maier, Heinz Petrak, Otto Reinhold, Karl-Heinz Schwank), Dietz Verlag, Berlin.

#### **1967**

**Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus** (Hrsg. Akademie der Wissen-

schaften der DDR; Rudi Gündel, Horst Heininger, Kurt Zieschang) Akademie-Verlag, Berlin.

**1971**

**Der Imperialismus der BRD** (Hrsg. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; Otto Reinhold, Alfred Lemnitz, Lutz Maier, Werner Paff, Heinz Petrak, Karl-Heinz Schwank u. a.), Dietz Verlag, Berlin.

**1972**

**Friedensforschung und Friedenskampf** (G. Bassarak, W. Benedyktowicz, K. Ehrler, C. Ordnung, R. Riemack, F. Rupprecht, P. Solokowski, H. Werner, G. Wirth), Union Verlag, Berlin.

**1973**

**Bürgerliche Friedensforschung. Probleme, Widersprüche, Tendenzen** (Alfred Bönisch, Wolfgang Steinke), Akademie-Verlag, Berlin.

**1977**

**Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart** (E. Hocke, W. Scheler), Dietz Verlag, Berlin. 1982 zweite, überarbeitete Auflage.

**Krieg und Frieden in unserer Zeit** (Gottfried Kießling), Militärverlag der DDR, Berlin.

**1978**

**Abrüstung, Wissenschaft, Verantwortung** (Hrsg. Herbert Meißner, Karl-Heinz Lohs), Akademie-Verlag, Berlin.

**1980**

**Friedenssehnsucht und Friedenskampf. Zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Friedensforschung** (Fritz Welsch), Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin.  
**Friedliche Koexistenz, Konfrontationspolitik, bürgerliche Entspannungstheorie** (H.-G. Müller, W. Neubert, H. Pirsch), IPW Forschungshefte 4/80.

**1981**

**Es gibt eine Kraft! Die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf um Frieden und Abrüstung** (Hrsg. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Imperialismusforschung, Heinz Bonk), Dietz Verlag, Berlin.

**1983**

**Philosophie im Friedenskampf** (Hrsg. Wolfgang Eichhorn, Hans Schulze), Akademie-Verlag, Berlin.

**1984**

**Pazifismus und Kampf um den Frieden in der Gegenwart** (Hrsg. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für marxistisch-leninistische Philosophie; G. Kuhn, E. Fromm, P. Gerstenberger, W. Kliem, F. Rupprecht, M. Wockenfuß), Dietz Verlag, Berlin.

**Friedenssicherung und Abrüstung – zentrale Fragen des Kampfes im staatsmonopolistischen Kapitalismus** (Hrsg. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Imperialismusforschung; Heinz Bonk, Klaus Franke, Werner Paff), Dietz Verlag, Berlin.

**Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges** (Hrsg. Militärakademie «Friedrich Engels», Autorenkollektiv der Militärakademie und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: E. Hocke, S. Keil, G. Kießling, W. Kliem, F. Rupprecht, W. Scheler), Dietz Verlag, Berlin; zweite Auflage 1986; 1988 Edition im Verlag Mysl, Moskau.

**Entspannung oder Konfrontation** (Gerhard Powik), Dietz Verlag, Berlin.

**1985**

**Frieden ohne Alternative** (Hrsg. i. A. der Akademie der Wissenschaften der DDR v. Herbert Meißner und Karl-Heinz Lohs), Akademie-Verlag, Berlin.

**Kriegsgefahren und Friedenschancen im 20. Jahrhundert** (Hrsg. Fritz Klein), Akademie-Verlag, Berlin.

**Sozialismus und Frieden. Humanismus in den Kämpfen unserer Zeit** (VI. Philosophie-kongress der DDR), Dietz Verlag, Berlin.

**Frieden, Freiheit und Verteidigung** (Horst Großmann), Dietz Verlag, Berlin.

## 1986

**Philosophen im Friedenskampf** (Wolfgang Eichhorn, Erich Hahn, Reinhard Mocek, Wolfgang Scheler, Ernst Voit u. a.), Dietz Verlag, Berlin.

**Im Kampf für dauerhaften Frieden und historischen Fortschritt** (Hrsg. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Imperialismusforschung; Heinz Bonk, Otto Reinhold u. a.), TID, Reihe B (1986) 54, Berlin.

**Friedenspolitik im nuklear-kosmischen Zeitalter** (Manfred Müller, Leiter des Autorenkollektivs; André Brie, Hartwig Busse, Wolfgang Kubiczek), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Arbeiterbewegung und demokratische Alternative** (Hrsg. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Wissenschaftlichen Kommunismus; Rolf Reißig, Frank Berg), Dietz Verlag, Berlin.

**Beiträge zur Friedensforschung 1: Das Problem von Krieg und Frieden in der weltanschaulichen Erziehung der studentischen Jugend** (Hrsg. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Martin-Luther-Universität Halle.

**Militärisches Gleichgewicht, Entspannung, Abrüstung** (André Brie), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Pro pace mundi 2** (Gesellschaftswissenschaftler der Friedrich-Schiller-Universität Jena über Frieden und Friedenskampf, Leiter: Manfred Weißbecker), Friedrich-Schiller-Universität Jena.

## 1987

**Abrüstung – Überlebensfrage der Menschheit. Politische, ökonomische und völkerrechtliche Aspekte des Ringens um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung** (Hrsg. IPW, Autorenkollektiv, Leiter: Klaus Engelhardt), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Frieden, Arbeit, Umwelt** (Hrsg. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Imperialismusforschung; Werner Paff, Ulla Plener, Karl-Heinz Schwank, Herbert Schwenk u. a.), Dietz Verlag, Berlin.

**Naturwissenschaftler im Friedenskampf. Eine Dokumentation** (Hrsg. Karl-Friedrich Wessel, Hans-Dieter Urbig), Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin.

## 1988

**Pro pace mundi 4** (Friedensrecht und Friedenspflicht. X. Jenaer Juristentag), Friedrich-Schiller-Universität Jena.

**Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus** (Dieter Klein), Dietz Verlag, Berlin.

**Für die Zukunft der Menschheit: Neues Denken und Handeln** (Max Schmidt und Wolfgang Schwarz), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Der Frieden und die politische Theorie der Gegenwart** (Eichhorn, Hahn, Hörz, Klare, Klenner, Kuczynski, Mundt, Poppe, Röder, Schäfer, Schmidt), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Abrüstung und internationale Sicherheit. Handbuch** (Hrsg. IIB, Manfred Müller, Leiter des Autorenkollektivs; André Brie, Hartwig Busse, Klaus Engelhardt, Lutz Kleinwächter, Wolfgang Kubiczek u. a.), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Friedenskampf ohne Ideologie?** (Hrsg. Wissenschaftlicher Rat für Marxistisch-Leninistische Philosophie der DDR; Erich Hahn), Dietz Verlag, Berlin.

1989

**Verantwortung aus Wissen. Beiträge von DDR-Wissenschaftlern zu Friedensforschung und Friedenskampf** (Hrsg. i. A. des Präsidiums der URANIA v. G. Banse, N. Hager, K. Buttke; Autoren u. a.: v. Ardenne, Eichhorn, Fuchs, Geißler, N. Hager, Hoell, Herneck, Herrmann, Hörz, Klare, Klötzler, Kuczynski, Lanus, Löther, Lohs, Maier, Mebel, Peters, Reichel, Schneider, Stiller, Tembrock), Dietz Verlag, Berlin.

**Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart** (Hrsg. v. Helmut Bock, Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, und Marianne Thoms, Radio DDR; diverse Autoren), Dietz Verlag, Berlin.

**Sicherheit und friedliche Koexistenz. Umfassende internationale Sicherheit – Umsetzung friedlicher Koexistenzbeziehungen heute** (Hrsg. IPW, Autorenkollektiv, Leiter: Max Schmidt), Staatsverlag der DDR, Berlin.

**Frieden, Krieg, Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriß** (Hrsg. Militärakademie «Friedrich Engels»); W. Scheler, S. Fischer, L. Glaß, F. Groh, H. Großmann, E. Hocke, K. Ihlau, S. Keil, G. Kießling, B. Lippoldt, S. Schönherr), Militärverlag der DDR, Berlin.

#### **4 Nachträgliche Darstellung von Ergebnissen der Friedensforschung aus der DDR in der jüngeren Zeit**

**Die Entschärfung der militärischen Konfrontation in Europa: Analysen und Anstöße 1977–1989** (Walter Romberg; mit zwei Beiträgen von Lutz Unterseher), Ryschau Verlag, Berlin/Greifswald 2009.

**Neues Denken in der DDR. Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren** (Hrsg. Erhard Crome, Lutz Kleinwächter, mit Beiträgen von Erhard Crome, Wolfgang Kubiczek, Wolfgang Schwarz, Wolfgang Scheler,

Wilfried Schreiber, Hubert Thielicke und Walter Romberg), WeltTrends-Verlag, Potsdam 2014. **Philosophen an der Militärakademie. Der Philosophielehrstuhl an der Militärakademie «Friedrich Engels». Reminiszenzen ehemaliger Mitglieder** (Alwin Loose, Wolfgang Scheler), DSS-Arbeitspapiere 109, 2014. **Staatsmonopolistischer Kapitalismus – ideologischer Kampfbegriff oder Ansatz zur Analyse des modernen Kapitalismus** (Hrsg. Wilfried Schreiber, mit Beiträgen von Lothar Winter, Joachim Poweleit, Herbert Schwenk, Gretchen Binus, Ulla Plener, Jochen Weichold, Wilfried Schreiber u. a.), WeltTrends-Verlag, Potsdam 2016.

Manuskriptabschluss: 31. Januar 2016

**1** Eine Ausnahme bildeten die langjährige Friedensforschung der Evangelischen Kirche sowie einzelne Versuche verschiedener Universitäten und privater Gruppen in der Übergangszeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik, unabhängige Friedensforschungsinstitute zu bilden, wie z. B. das Unabhängige Institut für Friedens- und Konfliktforschung der Humboldt-Universität Berlin sowie die Studiengemeinschaft Entmilitarisierung der Sicherheit (SES), in der sich Einzelwissenschaftler verschiedener Institutionen und Fachgebiete zusammenschlossen. **2** Siehe: Crome, Erhard/Kleinwächter, Lutz (Hrsg.): Neues Denken in der DDR. Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren, Potsdam: Verlag WeltTrends 2014. **3** Siehe hierzu: Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Daten, Fakten, Publikationen I-II/88 bis I/90. **4** Schmidt, Max: Friedensforschung in Zusammenarbeit mit der Militärakademie «Friedrich Engels», Militärakademie «Friedrich Engels». Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung. Beiträge zum Kolloquium am 10. Januar 2009 im Rathaus Dresden. DSS-Arbeitspapiere 95, 2009, S. 99. **5** Walter Romberg (1928–2014) war von 1954 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Mathematik der Akademie der Wissenschaften der DDR. In der letzten Modrow-Regierung war er Minister ohne Geschäftsbereich, in der Regierung de Maizière Finanzminister. In der Theologischen Studienabteilung des BEK arbeitete er ehrenamtlich. **6** Vgl. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED/Grundwertekommission der SPD: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Neues Deutschland, 28.8.1987, S. 3. **7** Vgl. Schmidt, Max: Friedensforschung in Zusammenarbeit mit der Militärakademie «Friedrich Engels», a.a.O., S. 73. **8** Ebd., S. 100/101. **9** Nationaler Friedenskongress der Wissenschaftler der DDR: Wege aus dem Wettrüsten – für Frieden und Sicherheit in Europa und für die Zukunft der Welt, Berlin, 25.–26. November 1988, Dokumentation (Teil I–III), hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1988. **10** Vgl. Akademie der Wissenschaften der DDR/Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung/Zentralinstitut für gesellschaftswissenschaftliche Information (Hrsg.): Friedensforschung in der DDR. Ergebnisse der achtziger Jahre, Bibliographie, Berlin 1988 (siehe Deutsche Bücherei Leipzig 619/1988).

Peter Strutyński

## SECHS THESEN ZUR KRITISCHEN FRIEDENSFORSCHUNG

1. Kritische Friedensforschung geht aus von der Kritik an den herrschenden ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und führt die Gewaltkonflikte dieser Welt auf grundlegende Probleme der Ausbeutung von Menschen durch Menschen, der Ungleichheit und Unterentwicklung, kurz: der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse unter den Bedingungen des gegenwärtigen, neoliberal geprägten Imperialismus zurück.
2. Kritische Friedensforschung ist normativ und geht von den berechtigten Interessen der Menschen an einem ihnen entsprechenden «guten Leben» aus. Dies gilt vor allem auch für die Menschen der unterentwickelten Dritten Welt sowie für die Armutsbevölkerung in den Metropolen. Dieser normative Ansatz weiß sich in Übereinstimmung mit den wesentlichen Prinzipien des Völkerrechts, der universellen Menschenrechte sowie des Grundgesetzes.
3. Kritische Friedensforschung lehnt alle Maßnahmen ab, die das staatliche und überstaatliche physische Gewaltpotenzial der Herrschenden aufrechterhalten oder erhöhen. Damit wird nicht nur jeglicher militärischen Aufrüstung – in quantitativer und qualitativer Hinsicht –, sondern auch der Perfektionierung polizeilicher Repressions- und Abschottungsinstrumente eine Absage erteilt. Dies impliziert den Austritt aus oder die Auflösung der NATO sowie die Annullierung der Transformation der Europäischen Union in einen Militärpakt.
4. Kritische Friedensforschung analysiert und kritisiert alle Versuche der Herrschenden, Kriege, Militärinterventionen und andere Formen des Gewalteinsatzes mit «Argumenten» aus dem Arsenal des Verteidigungs-, Menschenrechts-, Demokratie- und Good-Governance-Diskurses zu (re-)legitimieren. Es gilt, die Ideologiefähigkeit (im Sinne von «falschem Bewusstsein») des herrschenden Diskurses in Politik und Medien zu entlarven und die hinter ihm verborgenen Interessen aufzudecken.
5. Kritische Friedensforschung findet nicht im Elfenbeinturm statt und wird nicht um ihrer selbst willen betrieben. Vielmehr entwickelt sie ihre Themen und Projekte aus den Diskussionen und Anforderungen der deutschen und internationalen Friedensbewegung. Mit ihren Ergebnissen will sie die Friedensbewegung in ihrem wertvollen Ringen um Abrüstung und Gewaltfreiheit unterstützen. Die Vertreterinnen und Vertreter einer kritischen Friedensforschung verstehen sich zudem als Teil der Friedensbewegung. Kritische Friedensforschung ist darüber hinaus aber auch Politikberatung im engeren Sinn und sucht den Kontakt und Austausch mit Parteien und Abgeordneten.
6. Kritische Friedensforschung sieht ihre Aufgabe nicht in erster Linie darin, die herrschenden Besitz-, Sozial- und Rechtsverhältnisse umzuwälzen (das ist Aufgabe revolutionärer politischer Kräfte und Bündnisse), sondern setzt an den Formen der physischen Gewalt an (Krieg, Bürgerkrieg, Intervention, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord usw.). Dies schließt das Nachdenken und die Diskussion über alternative Möglichkeiten der Weltentwicklung ein (z. B. gerechte Weltwirtschaftsordnung, multipolare Welt).

## ZU DEN AUTOREN

**Erhard Crome**, Dr. rer. pol. habil., geb. 1951. Politikwissenschaftler, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 1993 Mitbegründer und Mitglied des Beirates von *WeltTrends. Zeitschrift für Internationale Politik*.

**Jürgen Nieth**, Journalist, geb. 1942. Verantwortlicher Redakteur von *Wissenschaft & Frieden (W&F)*, Mitglied im Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Werner Ruf**, Prof. em. Dr. phil., geb. 1937. Politikwissenschaftler und Friedensforscher, war Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Mitglied im Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Wilfried Schreiber**, Prof. Dr. sc. oec. et Dr. phil., Oberst a. D., geb. 1937. Mitarbeit in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS) und im Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Peter Strutynski**, Dr. phil., 1945–2015, war Lehrbeauftragter an der Universität Kassel und Mitglied der AG Friedensforschung sowie Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und Mitglied im Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Herbert Wulf**, Prof. em. Dr., geb. 1939. Politikwissenschaftler und Friedens- und Konfliktforscher. 1994 (bis 2001) Gründungsdirektor des Internationalen Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion (BICC).

## **Impressum**

MATERIALIEN Nr. 18

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Juli 2016

Titelbild: Toby Melville/Reuters

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling



**«Kritische Friedensforschung analysiert und kritisiert alle Versuche der Herrschenden, Kriege, Militärinterventionen und andere Formen des Gewalteinsatzes mit «Argumenten» aus dem Arsenal des Verteidigungs-, Menschenrechts-, Demokratie- und Good-Governance-Diskurses zu (re-)legitimieren.»**

PETER STRUTYNSKI